

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstanschrift: Tageblatt Riesa.
Grenz Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsstaatsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststempelkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 62.

Mittwoch, 14. März 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonne und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für März 2900.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blätter wird nicht übernommen. Preis für die 89 zum Preise, 8 mm hohe Gründruck-Zeile (6 Silben) 200.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweissungs- und Vermittelungsgebühr 40.— Mark. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlich, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtägige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Vertriebes der Druckerei, der Distanzpost oder der Beförderungsseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Bekanntmachung.

Arbeitgeber werden hiermit ausdrücklich auf die von der Reichsarbeitsverwaltung erlassenen Vorchriften über Meldungen bei Streik und Abschranken vom 17. November 1922 (Reichsarb. Bl. S. 699) und vom 10. Januar 1923 (Reichsarb. Bl. S. 46) hingewiesen. Die Meldungen über den Beginn sind spätestens am folgenden

Werktag, über das Ende unverzüglich dem zuständigen Arbeitsnachweis zu erstatten. Innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe sind weiter statliche Nachweise einzureichen. Die notwendigen Vordrucke sind bei den Arbeitsnachweisen gegen Entlastung der Selbstkosten erhältlich.

Großenhain, am 27. Februar 1923. 402 a. Bes. A. Amtshauptmannschaft.

Örtliches und Sachisches.

Riesa, den 14. März 1923.

* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 6 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltenen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlte Herr Stadtv. Illgen. Um 11 Uhr waren Herr Bürgermeister Dr. Scheider, Herr Stadtrat Göttsche und Herr Stadtrechtsrat Quellmalz Wlak genommen. Der Saalraum war mäßig gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Voelcker Günther.

1. Der Erhöhung des Mittelabsatzbeitrags für den sächsischen Altersunfallverein auf den Kindesbeitrag von 500 M. wurde zugestimmt.

2. Dem Ratsbeschluss, dem Landesverein "Sächsischer Heimatfonds" einen einmaligen Beitrag von 5000 M. zu gewähren, wurde beigetreten.

3. Mit der vom Ministerium des Innern festgesetzten Erhöhung des Bauaufschlusses von 5 auf 9 M. pro Kopf für die Nahrungsmitteleinrichtung erklärte sich das Kollegium einverstanden.

4. Der Bund sächs. Heimbürginnen fordert eine Erhöhung der Gebühren für die Leichenfrauen, und zwar soll die Gebühre bei Versorgung von Leichen Erwachsenen 5000 M. und bei Leichen von Kindern unter 14 Jahren 4000 M. betragen. Der Rat hat die geforderten Gebührensätze für die Leichenfrauen genehmigt. Herr Stadtv. Schneider regt an, die Gebühren für die Leichenfrauen nach der im Bezirk Großenhain vorgesehenen Staffelung nach dem ortsüblichen Tagelohn zu regeln. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß der Bezirk bereit sei, eine Regelung zu treffen, eine Behandlungsdauer von 10 Stunden, wie sie angezeigt sei, ertheile dem Bezirk ausdrücklich als zu hoch. Nachdem der Herr Bürgermeister die Annahme der vom Rat festgelegten Sätze und die etwaige Neuregelung einer späteren Sitzung zu überlassen empfohlen hatte, wurde die Ratsvorlage einstimmig angenommen. — Herr Stadtv. Schneider reagiert hierbei die Frage der unentgeltlichen Totenbestattung von nemem an. Er führt aus, daß man dieser Angelegenheit in vielen Gemeinden näher getreten sei. Die Rat forderte es, daß man auch in Riesa den Gedanken in die Tat umlege. Herr Bürgermeister Dr. Scheider wies nach, die ungeheure finanziellen Schwierigkeiten hin und erklärte, daß die Regierung beachtigte, die Kostenfrage der Totenbestattung in allererster Zeit für das ganze Land zu regeln. Ein Beitrag zur Belebung von Sargen und Berggräben ist bereits bereitgestellt worden. Aber auch der Rat beschäftigte sich mit der Angelegenheit. Die Sache werde auf keinen Fall ruhen.

5. Die elektrische Beleuchtung im Waschhaus des Stadtkrankenhauses hat sich als schwach erwiesen. Die für die Instandsetzung erforderlichen Mittel sind vom Rat verwilligt worden. Auch das Kollegiumerteilt hierzu seine Einwilligung.

6. Einstimmig begegnet wurde ferner dem Ratsbeschluss, betr. die Verleihung des gesamten Personals des Stadtkrankenhauses.

7. Herr Stadtv. Wiesch berichtet, daß die seinerzeit zur Anstellung von Notstandsarbeiten bereitgestellten 8% Millionen M. aufgebraucht seien. Es müsse nunmehr erzwungen werden, ob die Arbeiten — Umbau der Kaserne II/68 und Straßendachsanierungen — weiter durchgeführt werden sollen. Durch den Verkauf von aus dem Abbruch gewonnenem Material seien rund 10 Millionen M. Einnahmen gewonnen worden. Der Bauausschuss habe empfohlen, die Notstandsarbeiten nicht einzustellen. Die weiteren Kosten möglichen aus dem 10 Mill.-Betrag bestreiten werden. Das Kollegium beschließt in diesem Sinne.

8. Genehmigt wird der XI. Nachtrag zum Ortsstatut der Stadt Riesa, wonach der Garnisonausbau aufgelöst und die einschl. Geschäfte dem Bauausschuss übergeben werden, und ebenso

9. der I. Nachtrag zum Ortsstatut, die Quartiersleistungen für die bewohnte Fläche während des Friedensaustandes betr.

10. Entgegen dem Beschlusse des Stadtv.-Kollegiums, für die Stadtbücher eine insgesamt 80000 M. zu bewilligen, hat der Rat diesen Betrag auf 20000 M. herabgesetzt. Herr Vorst. Günther erklärte, daß die linke Fraktion auf dem vom Kollegium gefassten Beschlusse beharrt und verfestigt, daß man fürs nächste Jahr eine angemessene Summe für die Stadtbücher im Haushaltplan einzulegen erstreben werde. Herr Stadtv. Tröger trat im Namen der Bürgerlichen ebenfalls dafür ein, den Beschluß aufrecht zu erhalten. Die Bücherei sei eine kulturelle Aufgabe der Stadt. Der Haushalt wurde abgelehnt. Es verbleibt somit bei dem ersten gefassten Beschlusse.

11. Über den Umbau der Kaserne II/68 zu Wohnungen berichtete Herr Stadtv. Schönborn. Er teilte mit, daß Herr Fabrikbesitzer Menzel seinerzeit bestätigt habe, in dem Kasernegebäude 12 Wohnungen erheben zu lassen. Das Projekt sei aber bekanntlich gescheitert. Die große Wohnungsnott erforderte dringend, zunächst wenigstens einen Teil zu Wohnungen umzubauen. Der Bauausschuss halte den Umbau des Mittelbaus für am geeignetesten. Die Kosten würden sich nach dem gegenwärtigen Stande auf rund 150 Millionen M. belaufen, sodass die Herstellung einer Wohnung etwa 12% Millionen M. erfordern würde. Bom gleichen würde — da auch hier die verfügbaren Mittel achtig seien — nur eine kleine Summe

zur Verfügung gestellt werden können. Je nach Höhe des angewiesenen Bauzuschusses solle später der weitere Umbau geregelt werden. — Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß sich auch der Rat mit dem Vorschlag des Bauausschusses beschäftigt habe. Der Rat habe die Summe bewilligt. Der Ausbau der ganzen Kaserne würde, vorausgesetzt, daß die Baumaterialien nicht noch mehr in die Höhe steigen, etwa 526 Millionen M. kosten. Man könne sich aber damit trösten, daß man schließlich das zurzeit noch mietweise der Stadt zur Verfügung stehende frühere Garnisonslazarett durch Kauf erhalten werde. Ein Umbau desselben zu Wohnungen dürfte, da selbiges baulich in besserem Zustande sei, mit entsprechend geringeren Kosten durchführbar sein. Das Kollegium beschloß den Umbau, zu dem das durch den Abbruch gewonnene Material nach Möglichkeit verwendet werden soll, und bewilligte die erforderlichen Mittel. — Herr Stadtv. Beier regte noch an, mit den Arbeiten sofort zu beginnen und nicht erst abzuwarten, in welcher Höhe die Bauzuschüsse angeben. Durch den Bau würden Werte geschaffen, die der Stadt erhalten blieben. — Im Anschluß hieran kam Herr Beier auf eine Mietangelegenheit in der Siedlung "Neue Hoffnung" zu sprechen. Der Rat, als Haushälter, möchte bei ähnlichen Unlässen Strafandrohungen vermeiden. Im weiteren führte Herr Beier Klage über nicht immer einwandfreie Vorgehabe in Wohnungssangelegenheiten. Der Rat solle erlauten, ob durch Teilung größerer Wohnungen Schaffung kleinerer Wohnungen möglich sei. — Zur Angelegenheit in der "Neuen Hoffnung" teilte Herr Bürgermeister mit, daß der Rat Stellung genommen habe und die Sache erledigt worden sei.

12. Verschiedenes. In einem Schreiben hat der Rat mitgeteilt, daß er seinen Antrag, die Mittel für den Einbau eines neuen Retortenofens im Gaswerk durch entsprechende Ausschläge aus den Gaspreis während der Zeit von Dezember 1922 bis Oktober 1923 erneut stellt. Die Linke erklärte sich heute, um eine weitere Verzögerung zu vermeiden, mit dem Vorschlag ebenfalls einverstanden. Der Ratsvorschlag wurde angenommen. — Herr Bize-Vorst. Mende hat sich aus Gesundheitsgründen ausgewiesen, gelesen, sein Amt als Stadtverordneter niedergelegen. Dem Begeiste wurde entsprochen. Herr Vorst. Günther nimmt Gelegenheit, Herrn Mende, der dem Kollegium seit Januar 1914 angehört hat, für die treue und opferfreudige Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit den Dank des Kollegiums abzustatten mit dem Wunsche, daß Herr Mende recht bald wieder in den Vollbegriff seiner Gesundheit gelangen möchte. — Herr Stadtv. Mehlhorn rügte, daß vor allem bei regnerischer Witterung ein Teil der Bahnstrasse zwischen dem Brandtischen Holzbau und der Ecke am "Deutschen Haus" — sich oft in sehr mißlichem Zustande befindet und regte an, daß die Straßenpolizeiordnung mehr beachtet werden möchte. — Herr Bürgermeister Dr. Scheider sagte zu, daß hier etwas zur Beseitigung dieses Uebelstandes geleidet würde, und erklärte sich auch bereit, nochmals mit der Speditionsfirma A. Schneider Verhandlungen zwecks eventl. Umbaus eines Teiles ihres Grundstückes anzugehen. — Herr Stadtv. Joßne wünschte Auskunft darüber, ob die Stadt mit der festgelegten Einbebungsgebühr der Kirchensteuer ausreiche. Herr Bürgermeister Dr. Scheider antwortete, daß die jetzt als vorläufig festgelegte Einbebungsgebühr 15 Prozent des Steuerausflusses betrage. Der Stadtkasse würden besondere Kostenzuschüsse nicht entstehen. Die benötigten Formulare seien zu sehr günstigem Preise beschafft worden. Zur Ausfertigung der Steuerausflüsse habe der Kirchenwart eine Schreibkraft mit zur Verfügung gestellt. — Auf eine Anfrage des Vorst. Herrn Günther, wieweit die Aufsichtsvermittelungen, das eben. Garnisonslazarett betr., gediehen seien, ließ der Rat berichten, daß Herr Bürgermeister, daß dem Ratte eine Schuld an der Verzögerung nicht auszuschreiben sei, es ließe vielmehr die Entfolierung des Reichsfinanzministers noch aus. Schlüß der Sitzung gegen 1/2 Uhr.

* Für Rhein und Ruhr. Am Sonnabend, den 17. dieses Monats stattet der Männergesangverein "Viedertanz" Düsseldorf dem diesjährigen Jahrestreffen in Freudenstadt verbundenen "Ampion" einen Gegenbesuch ab. Aus diesem Anlaß findet hier unter bedrangten deutschen Brüder am Rhein und an der Ruhr ein großes Wohltätigkeitskonzert im "Stern" statt, das nicht 8 Uhr, wie angezeigt, sondern 9 Uhr beginnt. Die beiden Vereine werden sowohl Einzel- wie Gesamtkörpe bieten. Eine besondere Freude für die Riesaer Kunstmilieinde dürfte es sein, die Kammerjungfer Elise Sünnier von der Dresden Staatsoper, die zur Zeit die bedeutendsten Partien singt, mit Liedern von Schubert und Mahler zu hören. Am Flügel wird Dr. Arthur Cibis, Kapellmeister an den Südostdeutschen Staatstheatern, sitzen, der uns längst ein guter, geschätzter Bekannter geworden ist. Dem Konzert folgt ein Kommers mit Männerködern, allgemeinen Gesängen und Antrachten. Die Leitung des Konzerts liegt in den Händen des Seminaroberlehrers Oskar Holzner und des Oberrealitätslehrers Ioan Schneidau. Es steht zu hoffen, daß den Kämpfern am Rhein und an der Ruhr ein beträchtlicher Überdruck zugewiesen werden kann. Jeder helle mit an diesem Werke! (Rhein und Ruhr)

* Bündnis für Schulreform. Man schreibt uns: In der Monatsversammlung am 10. März sprach Referent St. R. Lohmann über die religiöse Erziehung in der neuen Schule. Er vertrat den Standpunkt der Schule

reformer, die aus sozialen Gründen an das bestehende anknüpfen und den alten Religionsunterricht mit neuem sozialen Geiste durchdringen wollen, außerdem fordern, daß der Unterricht an das im Munde vorhandene religiöse Leben anknüpfe. Den christlichen Religionsunterricht der Kirche lehnt auch er als unfähig, engberig und undulam ab. Weit entschiedener war die Stellungnahme der Debattierer, die jeglichen besonderen Religionsunterricht, ebenso Moral- und Lebenskundlichen Unterricht ablehnen, dafür religiöse Erziehung als Teil des gesamten Schullebens, als Erziehung zu Ehre und Dinge durch das Beispiel des Lehrers forderten.

* Ruhrlipende. Die Schülerschaft der Oberrealschule hat für die Ruhrlippe 123882 M. bei der Riesa Sparfeste abgeliefert.

* Reklamebriefstempel. Bei folgenden weiteren Postanstalten und Reklamebriefstempel eingeschüttet worden: Bernburg. Aufdrift: Soolbad Bernburg, Kärtje Soole Deutschiade, daneben ein Bär. Benutzung des Stempels vom 10. Juli 1922 bis 14. Mai 1923, späterhin vom 15. Mai bis 14. September jedes Jahres. Gröba (Vogtl.). Aufdrift: Weltbekannte Musikinstrumenten- und Salz-Industrie. Benutzung des Stempels seit 4. Februar d. J. Großsax (Nr. Calbe-Saale). Aufdrift: Soolbad Elmen, Stat. Großsax (Gr. Sächs.). Aufdrift: Soolbad Elmen, Stat. Großsax (Gr. Sächs.). Aufdrift: Großes Grabierwerk. Benutzung des Stempels seit 1. Oktober 1922. Grünberg (Sächs.). Aufdrift: Obst- und Weinstadt des Orients; dazu das Stadt-Wappen. Benutzung des Stempels vom 15. Februar 1923 bis vorläufig 14. August 1924. Jungborn (Harz). Aufdrift: Lust-Hellerde-Därfürten für alle Krankheiten. Benutzung des Stempels bei Einrichtung der Postagentur jedesmal vom 1. Mai bis 30. September. Löbnitz (Erzgeb.). Aufdrift: Weltbekannte Leder-Schuh-Industrie. Benutzung des Stempels seit 22. Februar d. J. Schiere (Harz). Aufdrift: Alpine Luxukuro im Oberharz. Sommer- und Wintersportplatz. Benutzung des Stempels seit 15. August 1922. Unterlaßenberg. Aufdrift: Industriort für Mundharmonicas, Accordions. 673 Meter über NN. Benutzung des Stempels seit 20. Februar 1923. Söhlitz (Erzgeb.). Aufdrift: Stadt der Serpentinstein-Industrie. Benutzung des Stempels seit 16. Februar d. J.

* Bessere Fleischversorgung? Die Fleischer-Bandszeitung schreibt u. a.: Eine merkwürdige Entlastung erfuhr die Flehmärkte der letzten Wochen durch den immer größer werdenden Auftrieb ausländischen Fleisches. Dänische Kinder, südamerikanische Pastoschen und Neimeler Schweine standen in großer Zahl zum Verkauf und fanden wegen ihrer vorsprünglichen Geschmack und annehmbaren Preis rasch Liebhaber. Als beruhigendes Moment kommt noch in Frage, daß von deutschen Gewerbetieren große Räume ausländischen Fleisches abgeschlossen wurden. Wenn auch bis zur Ankunft des letzteren noch einige Wochen vergehen dürften, so kann doch schon die Tiere selbst dreisdrückend auf den Markt wirken. Die Schwierigkeiten, mit denen die Importeure zu kämpfen haben, liegen natürlich in erster Linie in der Finanzierung. An einem einzigen Bahnwagen hängen Hunderte von Missionen Mark. Das Reich würde gut daran tun, hier hellen einzutragen. Eine verstärkte Flehmärkte wäre ein Baustein für das Gebäude der heutigen Regierungspolitik die "Durchhalten" heißt.

* Rhein- und Ruhrflüchtlinge, die eine Beteiligung in Anspruch nehmen wollen, wenden sich, wie wiederholte mitgeteilt, an die nächste Führerstelle. Die Führer liegt in den Händen des Roten Kreuzes und wird in Sachen durch die Zweigvereine vom Roten Kreuz ausgeführt.

* Entziehung der Handelsklausur bei Preisträber und Bucher. Das Wirtschaftsministerium hat bekanntlich am 9. März eine Verordnung erlassen, nach der der Handel mit allen Gegenständen des täglichen Bedarfs von der behördlichen Genehmigung abhängig gemacht wird. Handelsentziehung wird angeordnet, wenn sich Handelsbetriebe gegen die Bestimmungen über Preisträber, Kettenhandel und Bucher strafbar gemacht haben. Zur wirksamen Durchführung dieser Verordnung sind die Ministerien des Innern und der Justiz vom Wirtschaftsministerium erlaubt worden, die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden anzuwenden, die Fälle, in denen sich Handelsbetriebe in erheblichem Maße gegen die Bestimmungen über Preisträber, Bucher und Kettenhandel verstoßen haben, den Verwaltungsbehörden und in besonders schweren Fällen dem Wirtschaftsministerium mitzutun, damit durch Entziehung der Handelsklausur vorgegangen werden kann.

* Sachsen's Bautätigkeit im Januar 1923. Im Januar wurden in Sachsen nach einer Aufteilung des Statistischen Landesamts 10 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Kreishauptmannschaften Bautzen 3, Chemnitz 6, Dresden 16, Leipzig 8 und Zwickau 13. Diese 40 Neubauten, von denen 31 auf neuer Baustelle errichtet wurden, sollen insgesamt 60 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 83 Baugenehmigungen für Um-, An- oder Aufbauten mit insgesamt 180 Wohnungen erteilt, von denen 15 Rot- und Ehebau mit 14 Wohnungen sein werden. — Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 104 Neubauten mit 279 Wohnungen. Hierunter befinden sich 14 Wohnhäuser mit nur einer Wohnung, also Einfamilienhäuser, 38 mit nur einem, 41 mit zwei Wohnungen sowie 50 Neubauten gemischtartiger Art. Von den 279 Wohnungen enthielten 11 zwei, 86 drei, 101 vier, 53 fünf Wohnräume. Durch aus-

geführte Um-, Ans- oder Aufbauten wurden 146 Wohnungen gewonnen, darunter 16 in Not- und Behördensiedlungen — An Gebäudeabgängen waren im Januar 3 Wohnhäuser mit 3 Wohnungen zu verzeichnen, sodass der Bevölkerungsstand insgesamt einen Zuwachs von 387 Wohnungen erbracht. Daraus entstehen auf die Großstädte Chemnitz 42, Dresden 71, Leipzig 67 und Plauen 28 Wohnungen.

* Postsendungen nach dem besetzten Gebiet. Nach der Rheinpfalz werden Einschreib- und Briefe sowie Postkarten bis 10 Pfennig, nach dem Saargebiet vorerst nur Einschreib- und Briefe zur Postbeförderung wieder angenommen. Nach Offenburg (Baden) sind Postsendungen jeder Art wieder zuge lassen.

* Gröba. In seiner diesjährigen Hauptversammlung hat der bischöfliche Frauenverein einen neuen Namen und neue Satzungen angenommen, da die bisherigen für die neuen Arbeitsgebiete nicht mehr ausreichten. Unter dem Namen "christlicher sozialer Haushaltung" werden die Arbeiten des alten Frauenvereins fortgeführt und die neuen in Angriff genommen. Zum Arbeitsgebiet des Verbandes gehört 1. die Förderung der Verbandsmitglieder in ihrem persönlichen Christenlande einerseits und in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung anderseits, und 2. Hilfeleistung für Arme, Notleidende und Schwache der Gemeinde im Geiste der Nachfolge Jesu. Der Verband hält nach wie vor einmal monatlich Versammlung, die der Bekehrung, Erbauung und Unterhaltung dient. Daneben arbeiten verschiedene Ausschüsse an den einzelnen Aufgaben. Vorsitzende des Verbandes ist Frau Dr. Treß, Deitschstraße. In allen Angelegenheiten der Unterstützung von Armen, Kranken und Notleidenden melden man sich an Frau Viehwirth, Georgplatz 6 b, II. Annäher soll für Alte und Kranke die Notfälle durchgeführt werden. Geplant ist eine Sammlung alter Kleidungsstücke usw., um auch in dieser östlichen Bedürftigkeit helfen zu können. Alle Freunde und Gönner christlicher Wohlfahrtsarbeit werden herzlich gebeten, das Werk des Frauenvereins zu fördern und zu unterstützen.

* Dresden. Die erste deutsche Stadt, durch deren Straßen eine Starkstromleitung von 100 000 Volt geführt wurde, war Berlin. Die Sonderstellung, die die Reichshauptstadt in dieser Beziehung bisher einnahm, wird sie jetzt mit Dresden zu teilen haben, das als zweite deutsche Stadt eine derartige 100 000 Voltleitung hat bis in ihren inneren Kern führen wird. Die Leitung zweigt von einem Auschuspunkt der Leitung Hauptumspannwerk Dresden-Süd-Lauta bei Vorstadt Dresden-Gorbitz ab und führt über den Kronprinzenplatz die Grumbacherstraße entlang in der Richtung zum städtischen Bahnhof. Von dort aus überquert sie mittels zweier Türme von rund 42 Meter Höhe die Bahnhöfe vor dem Bettiner Bahnhof, um den Anschluss an das städtische Elektrizitätswerk am Bettiner Platz zu gewinnen. Die beiden Türme sind seit einigen Wochen im Bau; der eine ist seit kurzem bereits fertig ausgeführt. Die neue ins Gesetz von Dresden führende staatliche 100 000 Voltleitung wird nach Inbetriebnahme eine wesentliche Hilfe für das Dresdner Westkraftwerk und eine Verstärkung und Lebendigkeit der Stromversorgung Dresden bedeuten.

* Dresden. Am Montag nachmittag geriet der 41jährige Sohn eines Straßenbahnschaffners von der Köppchenstraße in die Bahn, als er sich an die Dampfwalze anbandete, in das Getriebe. Er erlitt schwere Schädel- und Beinbrüche und verstarb nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

* Plauen. In einem Hausgrundstück auf der Neustädter Straße starb ein 35 Jahre alter Dienstmädchen beim Fensterputzen aus dem ersten Stockwerk in den Raum und blieb tot liegen.

* Schandau. Die Söhl. Oberleitung berichtet folgendes wahre Geschichtchen: Zwei Bäuerinnen arbeiteten am Sonntag in einem Nachbardorfe bei einem Bauer mit grobem Erfolge, indem sie alte harmlose Spinnwollstiere rissen ihre Waren anboten. Auf die Erklärung des Landwirtes, dass kein Geschäft zu machen sei, stellten die Bäuerinnen fest, dass die Bäuerin ein schweres inneres Leiden habe und dass auf dem Viehstall kein Segen ruhe. Sie seien imstande, die Krankheit zu kurieren und den bösen Geist aus dem Stalle zu banen. Das kostete natürlich viel Geld. Nachdem aber der Bauer erklärt hatte, dass er unmöglich die zuerst genannte Summe von 200 000 Mark zahlen könne, liehen die Gelehrtenbörsen mit sich handeln. Man eignete sich auf 50 000 Mark. Nur musste die Bäuerin ein nangelenes Handtuch bringen, in das ein frischgelegtes Dübnersei gewickelt wurde. Der Bauer muhte das Gi zertreten. Darauf wurde das Handtuch wieder entfaltet und Bauer und Bäuerin mussten dreimal kräftig in das Blübrei spucken. Eine der Bäuerinnen machte dann über der schlafenden Masse ihren Hosspolpus und entnahm ihr schließlich einen kleinen Totenkopf, wie man solche auf Jahrmarkttausen kann. Ein seizerlicher Augenblick. Das Blieb im Stalle wurde nun unter dem Blumewalz geheimnisvoller Beschwörungsformeln von Kopf bis Schwanz gekreischt usw. Durch ihre Überredungskunst gelang es

schließlich den Bäuerinnen, den Tönerleuten nach fünf Handbücher und mehrere Pfund Salz abzunehmen, sowie ihnen für 70 000 Mark Spiken aufzuhängen. Der Bauer musste sich sogar Geld aus der Nachbarschaft holen, um die Bäuerinnen "Damen" zu bestreiten. Zum Glück wurde die Gendarmerie rechtzeitig benachrichtigt, so dass die Bäuerinnen festgenommen werden konnten. Der Bauer erhielt sein Geld zurück, was ihm aber gar nicht recht an sein Idioten, denn er dankte kaum. Es ist kaum zu glauben, dass es heute noch Menschen gibt, die auf diesen Idioten so oft neidischen Schwibel versinken.

* Aus der Dauish. Unheimlich mehren sich in der Dauish die Kirchenelubische. Dieser Tage wurde in der katholischen Kirche zu Senftenberg eingedrohen. Hierbei wurden ein alberner Deichsel, sowie Kerze zum Taufdecken gestohlen. — In der katholischen Kirche zu Hoyerswerda wurde bereits der zweite Einbruch innerhalb weniger Tage verübt. Hierbei wurden Bleikarotte, Gewänder usw. gestohlen, in der Sakristei kostbare Türen an allen Schranken zerkrümmt und die Mehlwänder beschmutzt und unberücksichtigt. Zwei verdächtige Monteure wurden in Wittichenau auf der Bahn verhaftet.

* Löbnitz i. S. Die Stadtverordneten haben den städtischen Vorlauffahrzeug mit der Beratung über Zuwendung von jährlich 1 Pfannmeter Holz aus der Stadt- und Kirchenwaldung an jede Löbnitzer Haushaltung zu angehören. Breite beantragt, um der Preisstreitigkeit bei den Holzaufbereiterungen Einhalt zu tun.

* Röcklitz i. S. Vor dem bisschen Schwurgericht begann am Montag ein interessanter Mordprozess. Es handelt sich um die Klärung einer rätselhaften Todesfälle, die sich im März vorlaufen Jahres an einem der idyllischsten Punkte des Erzgebirges, im Walde bei Karlsfeld abgespielt hat. Dort fand man nach der Schneeschmelze den Leichnam einer jungen Frau, die später als die Direktorin Margarete Müller aus Köln festgestellt wurde. Alle Umstände ließen sofort darauf schließen, dass die Aufgefundenen nicht einer natürlichen Todes gestorben sei und auf Veranlassung der zuständigen Gerichte wurde etwas später der frühere Polizeirettungsleutnant Lorenz Höhn verhaftet unter dem Verdacht, die Direktorin, mit der er im "Wiesenhaus" bei Karlsfeld zusammengewohnt hatte, ermordet zu haben. Auf der Bühne lag der Revolver Höhns. Der Angeklagte Höhn leugnet jede Schuld. Er behauptet, dass in Walde zwischen ihm und seiner Geliebten eine endgültige Trennung stattgefunden habe, und dass das Mädchen hand an sich selbst gelegt haben müsse. Die Verteidigung des Angeklagten hat Rechtsanwalt Dr. Ulrich (Berlin) und Rechtsanwalt Stöß (Bautzen) übernommen. Die Verteidiger wollen für den Angeklagten einen weitgehenden Alibi beweisen, um die in der Hauptfache auf Indizien aufgebauten Anklage zu erläutern.

* Annaberg. Der Schlossherr Walter Voigt aus Neudorf teilte seinen Angehörigen mit, dass er nach dreißigjähriger Abwesenheit von der Heimat auf der Rückreise sei und in etwa acht Tagen eintreffen werde. In der Heimat war alles für seine Wiederkehr vorbereitet worden; da traf die Wiederkunft ein, dass Voigt wahrscheinlich mit seinem Schiffe, dem Hamburger Segler "Tamar XII" untergegangen sei und den Seemannstod gefunden habe.

* Marienberg. Das Marienberger Brauhaus ist nach 400-jährigem Bestehen eingegangen, indem das Brauereigrundstück verkauft und die Auflösung der Brauerei offenbar in einer außerordentlichen Hauptversammlung der Brauengassen beschlossen worden ist. Es waren Angebote von 8 bis 30 Millionen Mark eingegangen. Die Stadt behält sich aus zehn Jahren das dingliche Vorlauffrechte vor, um etwaigen Ausländerpekulation entgegenzu treten können. Eine altebraudürige Einrichtung der Stadt ist damit der Rat der Zeit zum Opfer gefallen, nachdem schon vor einem Jahrgebot der sogenannte Reibediersamt eingestellt worden war. Das Bierbrauen war der Stadt von ihrem Gründer, Herzog Heinrich, als besonderes Recht verliehen worden.

* Bernstadt. Der 76jährige Kleinrentner Bunte war vom Finanzamt Löbau aufgefordert worden, in Renten- und Steuerfachen Auskunft zu erteilen. Um die teure Bahnfahrt und die hohe, für ihn unerträglichen Portokosten zu ersparen, machte sich der gebrechliche und unterernährte Mann selbst auf den Weg, brach aber unterwegs vor Entkräftigung zusammen und zog sich blutige Verletzungen zu.

* Trenn. Ein blutiges Familiendrama hat sich am Sonnabend im Hause Deutmalplatz 3 hier abgespielt. Dort wohnte im ersten Stock der 31jährige Fabrikarbeiter Feig Bucker, der als fleißiger, rubiger Mensch galt, mit seiner 25 Jahre alten Chefrau Ella geb. Knoll und ihren zwei Kindern im Alter von 1 und 3 Jahren. Seit einem Jahre etwa soll die Frau ein Verbündnis mit einem bliesigen Bürger gehabt haben, von dem der Chemann erst unlängst Kunde erhielt. Als nun die Frau vor kurzem mit ihrem Freunde zur Messe nach Leipzig gefahren war, hatte Bucker mit ihrem Begleiter einen heftigen Zusammenstoß. Daraufhin soll die Frau jetzt ihrem Mann mitgeteilt haben, dass sie sich von ihm trennen wollte, um den anderen zu beiraten. Der Chemann sah in folgedessen den Entschluss, die Frau

zu töten und das dann selbst das Leben zu nehmen: er hätte die Leute durchsetzen können, dass er den Tod am Sonnabend ein in Blauen wohnhafter Bruder Bucker diesen befürchten wollte, sandte er die Wohnung verschlossen. Nachdem die Polizei politisch eröffnet worden war, bat sich den Mordtendenzen ein schreckliches Bild. Die Frau lag, im Blute schwimmend, tot auf dem Sofa. Der Bruder war leicht die Sonnate fast vollständig vom Blut geleckt. Alle Umstände weisen darauf hin, dass der Mord ein Kampf vorausgegangen war. Der Täter hat sich dann an einem Tropfstein erhängt. Werkwidrigweise hat die Familie, die unter Bückers Stube wohnt, nichts von dem Vorfall wussten. Ein in Trenn wohnhafter Bruder Bückers hat sich die beiden elterlichen gewordenen Kinder angenommen. * Oelsnitz i. B. Der bissige Stadtrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung wiederum mit den Preisen für Gas und elektrischen Strom. Von einer Festsetzung der Preise für den Monat März wurde aber vorläufig Abstand genommen, da sich die weitere Entwicklung der Dinge noch nicht übersehen lässt, der Rat hofft jedoch, von einer abfälligen Erhöhung der Preise absehen zu können.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 18. März 1922.

In der heutigen 24. Sitzung wurde zunächst die Vorstandserneuerung anhört in Beratung genommen. Danach soll das Finanzministerium ermächtigt werden, der Landes-Brandversicherungsanstalt zur Deckung eines vorübergehenden Bedarfs ein Darlehen im Betrage bis zu 500 Millionen Mark gegen einen angemessenen Bindfuß zu gewähren. — Die Vorlage findet ohne Aussprache Annahme.

Weiter liegt vor eine Beschwerde des Manes Kornblum in Plauen über seine Ausweisung aus Sachsen. — Abg. Kaula (Dn.): Der Ausdruck habe mit einer Stimme Wehrhaft beschlossen, die Beschwerde der Regierung mit dem Erfuchen zu überweisen, die Ausweisung vorläufig rückgängig zu machen und auf ein Jahr Bevährungsfrist zu erkennen. Die Ministerin batgegeben bitte, der Beschwerde nicht nachzugeben, da sie nicht einmal den Landestadeln Wohnung beschafft werden könne. Kornblum ohne Einreiseerlaubnis nach Deutschland gekommen und seine Tätigkeit in Plauen eine mehr als fragwürdige sei. — Ministerpräsident Böck bittet das Haus, sich dem Antrage der Ministerin anzuschließen. Er führt dieselben Gründe an, wie der Vortreiber und weiß darauf hin, dass Deutschland leider von fragwürdigem Elementen zum Tummelplatz wirtschaftlich rückgängig ausdeutung gemacht werde. Kornblum sei wegen unbefugten Grenzüberschreitens bestraft worden, er gehe auch nicht einer geregelten Arbeit nach, sondern mache Kompanie auf einer Straße mit einem Trödel. Er sei völlig mittellos nach Sachsen gekommen, besitze jetzt aber ein großes Vermögen in Sachwerten und komme trotzdem seinen steuerlichen Verpflichtungen nicht nach. Er, der Minister, habe die Überzeugung, dass der Bedarf an Handelsstreitenden in Deutschland reichlich gedeckt sei. (Rufe: Sehr richtig!) Der Minister wird fortwährend von den Kommunisten unterbrochen. Abg. Renner ruft ihm zu: Qualchen Sie doch nicht! — Abg. Menze (Soz.) beantragt Rückeroberung der Angelegenheit an den Ausschuss. Das Haus stimmt diesem Antrage einstimmig bei.

Sodann liegt vor ein Gesuch des Landwirts Theodor Jenisch in Dresden um Prüfung des Verhaltens der beteiligten Behörden in seiner Gutsverkaufssache. — Abg. Leithold (Dn.): beantragt namens des Ausschusses die Regierung zu erläutern, davon zu wissen, dass das Gut vom rechtmäßigen Inhaber Harz selbst bewirtschaftet wird, im andern Falle nach den gesetzlichen Bestimmungen einzutragen und dem Betriebsverband nahezulegen, von dem Vorlauffrechte Gebrauch zu machen. Ein überzeugt spricht der Prüfungsausschuss seine schärfste Wohlbilligung über die widersprechenden Erklärungen der beteiligten Behörden aus. Es handelt sich hier um ein mehrfach verkautes Gut, das eigentlich dem Kammerländer Blaibach gehört sollte, aber vom Delonomierat Harz bewirtschaftet werde. — Abg. Bünger (Dpt.): Die Angelegenheit sei von den Behörden in einer Weise behandelt worden, die den Gelehrten über den Flecht mit Grundstücken widerspreche. Harz sei offenbar nur Strohmann, darum sei die nachträglich wieder ausgeschworene Genehmigung der Behörde ein Unrecht. — Minister Jellisch bestreut, dass das Wirtschaftsministerium hier nicht als Rekurs, sondern nur als Aufsichtsstelle in Frage kommt, sonst hätte sich der Landtag nicht mit der Sache befassen brauchen. Die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden seien voller Widerrücksicht. Nach seiner Ansicht sei die Amtshauptmannschaft Dresden-II nicht geleg- und ordnungsgemäß verfahren. Zugleich hatte das Wirtschaftsministerium berechtigte Bedenken, in das Verfahren einzutreten, weil eine Verleugnung öffentlicher Interessen nicht vorlag. — Die Angelegenheit wird hierauf an den Rechtsausschuss vertragen.

Endlich stehen zur Beratung die Eingaben des Stadt-

Krag sah gleich, dass sie viel ernster war als vordrin in dem erledigten Fällen des Hotels. Es war etwas Verwirrung.

"Ich bin sehr müde," begann sie, "und möchte Sie bitten, mich für kurz wie möglich zu lassen. Es ist spät."

"Ich habe auch wenig Zeit," antwortete Åbjörn Krag. "Seine Uhr hat zwei ist, muss ich ein Menschenleben gerettet haben. Sind wir hier ungehört?"

Valentine nickte.

"Nauch niemand im Zimmer nebenan?"

"Nein."

Åbjörn Krag ging schnell auf den großen Spiegel und hob die antike Urne.

"Ein schöner Gegenstand," logte er bewundernd, "ein sehr schöner Gegenstand und wahrscheinlich sehr kostbar."

"Hat diese Urne etwas mit unserer Unterredung zu tun?" fragte Valentine überrascht.

"Und dieser Spiegel," fuhr Krag unangestohnt fort, "das ist ein sehr schönes Stück."

Als er die Urne wieder auf ihren Platz setzte, so dass er mit der Urne in den Spiegel schaute.

Der Spiegel ging in Scherben, die klirrend auf die Erde fielen.

"Ich bitte um Entschuldigung," lagte Krag, "und möchte er eine ungestörte Bewegung, so dass er mit der Urne in den Spiegel schaue.

Valentine stand sprachlos vor Entsetzen über seine Verzerrung.

Krag aber griff ruhig in das große Loch, das er in den Spiegel geschnitten hatte. Seine Hand fleckte gegen eine wollene Decke, die bei seinem Druck nachgab.

"Dachte ich mir's doch," murmelte er und schob den ganzen Spiegel zur Seite. "Ich hab' es mir ja gedacht, dass dieser schöne Spiegel eine Linsenfehlung verträgt."

Hinter dem Spiegel war nur eine unsichtbare Vorstufe. Anders Krag die Vorstufe belaste rich, hörte er, wie eine Tür im Nebenzimmer zugeschlagen wurde. Er sprang ins Zimmer, tauchte nach dem elektrischen Knopf und drehte das Licht an.

Er befand sich in einer Art Grotte. Ein schneller Blick überzeugte ihn davon, dass kein Mensch im Zimmer war; aber er war sicher, dass jemand es soeben verlassen hatte. Ein Spion der hinter dem Spiegel ihrer Unterredung hatte zugehört wollen.

Krag eins zu und schloss die Tür ab.

Die Spinnerei.

Roman von Sven Elvestad.

Vorlesung über die Überzeugung aus dem Norwegischen von Julia Kopp.

Amerikan Copyright 1922 by Lit. Verl. M. Linde, Dresden-21.
33. Fortsetzung.

"Ich hätte die Einladung auch abgelehnt," fuhr Krag fort, "wenn ich nicht einen besonders dringlichen Grund gehabt hätte, zu kommen."

"Wieso? Und was für ein Grund ist das?"

"Ich musste Sie treffen, mit Ihnen sprechen."

"Wusste?"

"Ja, musste. Und jetzt bitte ich Sie um ein Gespräch unter vier Augen."

"Das ist augenblicklich unmöglich."

"Doch sehe ich selbst. Aber nach Schluss des Mahles?"

"Also ein nächstliches Gespräch. Wo, wenn ich fragen darf?"

"Im liebsten in Ihrer Wohnung."

Valentine lächelte.

"Darauf kann ich mich unmöglich einlassen," sagte sie.

"Geben Sie von hier noch irgendwo anders hin?"

"Nein, ich fahre direkt nach Hause."

"Dort, dann können wir zusammen fahren. Oder fürchten Sie sich vor mir?"

"Glauben Sie, dass ich mich fürchte? Da kennen Sie mich schlecht. Ich habe keine Furcht, vor nichts und niemand."

"Ed ist also eine schlechte Verabredung?"

Valentine überlegte.

"Ihr energisches Gesicht imponiert mir," sagte sie. "Gut, es mag als eine schlechte Verabredung sein. Im übrigen glaube ich, dass ich mich mit Sie verlassen kann."

Krag und Valentine lehnten jetzt zu dem Architekten und dem Mittelmischer zurück, die schon ungeduldig warteten.

Åbjörn Krag bewunderte im stillen Valentines Gesichtsgesicht.

Offensichtlich sie lebt wahrscheinlich darüber im reinen war, dass der Grubeningenieur ein anderer war, als der, für den er sich ausgab, und dass ihr eine ernste Unterredung bevorstand, verbarg sie ihre Spannung und Erregung vollständig.

Man hatte sie langsam fast der Mitternacht genähert, und Valentine duckte den Mund, aufzudrehen.

Der Mittelmischer und der Architekt boten ihr sofort ihre Hände an. Valentine aber wehrte ab

"Herr Baum ist so freundlich gewesen, mir einen Platz in seinem Wagen anzubieten", sagte sie. "Er wohnt in derselben Gegend der Stadt wie ich."

Bald darauf verließ die Gesellschaft den prachtvollen Saal.

Als Valentine und Krag fortgefahren waren, blieben die beiden Kavaliere etwas verdutzt zurück.

Der Architekt bemerkte: "Der Wagen des Ingenieurs, sagte sie. Kannst du das verstehen, Mittelmischer? Dort fährt sie doch, weiß Gott, in ihrem eigenen Coupé."

Der Mittelmischer ver

gemeindeteil zu Gohnstein (Schw.). Seit Nebenberufung des Volksrates und Belebung der Erziehungsberechtigte der Stadt vom Mühlbergstraße. — Den Bericht des Reichstagsausschusses erhielt Abg. Manne (Cz.), er beantragt, die Regierung zu erlauben, finanziell die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um die unbedingt notwendigen Verlegungsgebäuden der neuen Mühlbergstraße, die die Verbindung zwischen Volksrat und Stadtkreis Gohnstein schaffen soll, ausführen zu können. Mit dem Bau der Straße ist baldmöglichst zu beginnen. — Finanzminister Heselbittet um Aufschließung der Eingangsstadt mit dem Antrage des Reichstagsausschusses an den Haushaltsschulz B., der die finanziellen Konsequenzen zu prüfen habe werde. — Die Rückverwaltung wird einstimmig beschlossen.

Rückfrage: Donnerstag, 15. März, vorm. 10 Uhr: Rücktrittsbesitz und Anträge betr. Rücksiedlung.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 14. März 1923.

Gegen die Darstellungen des Abgeordneten Geißler.

■ Berlin. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, in der sie an den Schreibern des Abg. Geißler, in dem dieser seinen Rücktritt aus der Fraktion damit begründet, daß die am 10. März veröffentlichte Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion unrichtig, irreführend und gefälscht sei, ihn in der öffentlichen Meinung herabzulegen, einstimmig feststellt, daß der von dem Vorsitzenden der Fraktion veröffentlichten Erklärung der Abg. Geißler angekündigt habe. Ferner habe Geißler sich verpflichtet, in seinem politischen Verhalten die Grenzen einzuhalten, die die Einsicht auf seine Partei erfordert. Hierauf ist die Darstellung, die Geißler verbreitet, bewußt wahrheitswidrig. Das Gleiche gelte für die gegen den Vorsitzenden der Fraktion erhobenen Anklage.

Auflösung des bulgarischen Parlaments.

■ Sofia. Die Regierung löste gestern die Deputiertenfamilie auf. Neuwahlen finden in Kürze statt. Die Neubildung des Kabinetts steht bevor.

Das Nachporto.

■ London. Westminster Gazette schreibt in einem „Das Nachporto“ überschriebenen Beitrag, einen wie vollständigen Widerholung Frankreich erlitten habe, könne aus einem Vergleich der Lage vor der Nachbefreiung mit der heutigen ersehen werden. Das liberale Blatt erklärt, für einen durchführbaren Reparationsplan könnte man in Deutschland auf vollständige nationale Solidarität rechnen. Überdies habe Frankreich immer nur die Bedingungen wiederholt, von denen jedermann wisse, daß sie unmöglich mit legitiem Grund von Richtigkeit angenommen werden könnten. Man sei auf einem toten Punkt angelangt. Die einzige Hoffnung sei, daß Frankreich seine Bedingungen ändere, sobald sie innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands liegen, und anbietet, die Räumung in dem Maße ihrer Erfüllung durchzuführen. Nur auf diese Weise könne Frankreich sich zurücksetzen mit der Würde, die seine Freunde ihm in dieser hoffnungslosen Lage wünschten. Für einen durchführbaren Plan würde Frankreich die moralische Unterstützung der Welt haben, und es sei mehr als wahrscheinlich, daß er die Zustimmung Deutschlands erhalten würde. Im gegenwärtigen Augenblick treibe Frankreich Deutschland jedoch in eine Lage, in der es nur passiven Widerstand anwenden könne, und es sei überwältigender Beweis dafür vorhanden, daß dieser Widerstand mit vollständigem Erfolg angewendet werde.

Folgentheuer Erlosion einer Mine.

■ London. Aus Dublin wird amtlich gemeldet: Bei der Explosion einer an einem Weg niedergelegten Mine in der Grafschaft Kerry wurden vorstellen fünf gefangene Außenseiter und zwei Offiziere getötet und sieben Soldaten verwundet.

Staatssekretär Hughes fordert Bericht wegen der verdeckten Verschiffung von Material.

■ London. Senator meldet aus Washington, Staatssekretär Hughes forderte von den zuständigen Rekorts Berichte über die 20 Fälle ein, in denen die Verschiffung von Material aus dem Muhrasland nach den Vereinigten Staaten ausgetragen sei, weil die französische Besatzungsbehörden eine besondere Ausnahmegabe erheben.

Zur Muhrasland im englischen Unterhaus.

■ London. Die Blätter weisen auf die geringe Mehrheit der Regierung bei der anläßlich der Muhraslandsgesetzgebung erfolgten Abstimmung. Laut Daily Herald ist dies die geringste Mehrheit der Regierung in einer wichtigen Frage seit sie aus Auster kam.

Frankreich und die russische Frage.

■ Moskau. Der Leitartikel des „Iswestija“ verweist auf die Schwierigkeiten Frankreichs in der russischen Frage und steht fest, daß Frankreich sich durch das Muhrasland von England und Amerika isoliert und die Beziehungen zu Deutschland verschärft habe. Jetzt versucht es durch das Gewicht des französisch-russischen Vertrages beide Seiten zu beeinflussen. Ein solcher Vertrag besteht nicht, wie auch ein deutsch-russischer Vertrag nicht vorhanden sei. Die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland möge sie beide von Angen sein. Es sei notwendig, diese Beziehungen zu fördern, indem man die diplomatischen Schritte beiseite lasse.

Frankreichs Pressestimmen zu den Vorgängen in Dux.

■ Paris. „Journée Industrielle“ erläutert in dem blutigen Vorfall in Dux, in demselben Maße jedoch auch in der Presse Poincarés nach Brüssel, schwere Anzeichen dafür, daß der Kampf zwischen dem französischen Druck und dem deutschen Widerstand sich zu einer außerordentlichen Spannung entwidelt habe. Die ausländischen Zuschauer, die durch keine persönliche Leidenschaft verwirrt seien, gäben zu, daß Frankreich die besseren Ausichten habe, sie seien aber auch der Ansicht, daß es sich hier um kein Spiel handle.

Maler, Dichter und Komödiant.

(Qu Salvator Rosa 250. Todestag, 15. März.)

Eine der romantisch-phantastischen Geschichten von G. T. H. Hoffmann „Signor Formica“ hat den Maler Salvator Rosa zum Helden, diesen genialen Künstler des 17. Jahrhunderts, der so recht eine Verkörperung des überchwundenen und dämonischen Vorzugsgeistes war. Der „Teufels-Hoffmann“, dem diabolischen Maler in der dunklen Rätselhaftigkeit des Temperamentes verwandt, hat uns hier einen passanten Ausschnitt aus diesem romantischen Leben geboten und auch seine Kunst gut geschildert, wenn er schreibt: Nicht in der lieblichen Anmut grüner Wiesen, duftender Haine, grünreicher Quellen, nein, in den Schauern gigantisch aufgetäumter Felsen oder Meeresstrände, wilder, unverbarbarer Wogen tut sich ihm die Natur auf, und nicht das Glüsternde Abendwindes, das rauschende Säufeln der Blätter, nein, daß Brausen des Orkans, der Donner der Naturkatastrophe Stimme, die er vernimmt! Die Stellung Salvator Rosas in der Kunstsprache als des Schöpfers der romantischen Landschaft und eines hinreißenden Technikers, ist längst begründet. An dem Tage der 20. Wiederkehr seines Todes verdient aber auch das Bild dieses wunderlichen Menschen, der hier zugleich als Künstler, als Dichter, Musiker und Komödiant, als Seemann und Freiheitsheld und Abenteurer verherrlichte, eine Wiedererkennung. Von armen Eltern

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 20792 Mark.

und daß der Gegner, bevor er kapitulierte, über Frankreich schwere Schäden veranlassen konnte. Als erster schwacher Punkt der französischen Stellung erscheint dem Blatt die Reichsterritorialität eines Teiles der östlichen Mecklenburg. Die zweite, wichtigere Schwäche erblieb jedoch „Journée Industrielle“ in der wachsenden Tension in Frankreich, die über Nacht wirtschaftliche Störungen, eine mehr oder minder überflächliche Agitation und eine moralische Niedergeschlagenheit in der Haltung Frankreichs gegenüber den europäischen Fragen in ihrer heutigen Gestalt zeigten würden. Wenn die Elite der Produktion und des Handels, so möchte das Blatt, die Dinge treiben läßt, werde sie das Land nicht allein einer Kolonialen und gesetzlosen Veränderung des außenpolitischen Konflikts, nicht nur einer sozialen Agitation, die in jeder Beziehung bedauerlich wäre, sondern auch einer noch bevorstehenden Wirtschaftskrisis aussehen, die viel schwerer und teurer gehend als die auf Grund des Streitkriegs im Jahre 1914 eintretende sein würde. Man habe es zur Zeit in Frankreich nicht mit einer bloßen Währungsinflation zu tun, die sich eines Tages befreiten ließe, sondern mit einer Versteigerung der Werte an sich. Die sich daraus ergebende Soupe der Betriebskosten sei, daß dagegen man nicht vergessen, eine französische Eigenproduktion und damit sehe man die französische Produktion der Gesellschaft aus, eines Tages völlig wehrlos vor der Konkurrenz des Auslands dageworfen. Zum besseren Verständnis dieser Ausführung muß bemerkt werden, daß die Presse gern die Tenergiefaktoren für die Großhandelspreise veröffentlicht hat, die für den Bedarf ein noch sprunghöheres Anwachsen als für den Export aufweisen.

■ Paris. Der sozialistische „Populaire“ schreibt an den Vorsitzenden in Dux: Slut sei geslossen, vielleicht werde noch mehr Blut fließen. Der Soh, der ungebeuerliche wilde Soh, der dem Frieden den Weg versperrt, werde die Völker noch mehr gegeneinander aufheben. Das sei das Werk Poincarés und der Reaktionen aller Lager. Keine vernünftige Lösung der vom Kriege aufgeworfenen Fragen habe in Aussicht. Die Atmosphäre werde immer drückender. Sie werde immer mehr vergilbt durch all das, was das Menschenabscheide an gemeinen Instinkten, Brutalitäten und moralischen Schrecken aus fernem Zeiten primitiver Barbarei noch mit sich schleppen.

Bermischtes.

■ Schiffungslücke. Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ aus Holtenau meldet, stieß im Kaiser-Wilhelm-Kanal der Dampfer „Olga“ mit dem Motorfahrzeug „Adele Krüger“ zusammen, wobei das Motorfahrzeug sank. Der Eigentümer und der Kanalpolizei sind ertrunken.

■ Großer Wirbelsturm in Amerika. Ein großer Wirbelsturm aus Südwesten suchte Teile des Landesheim und verursachte in einer Unzahl Städte Todesfälle und Verwundungen. In Union (Tennessee) wurden 20 Personen getötet und 75 verwundet. 50 Häuser sind eingestürzt. In Portsmouth (Ohio) wurde das Schulhaus abgedeckt. Mehrere Kinder wurden getötet und verwundet.

■ Bombenattentat auf eine deutsche Zeitung in Serbien. Sonntag abend waren unbekannte Täter zwei Bomben in die Räume des Deutschen Postblattes in Belgrad, wodurch die ganze Druckerei zerstört wurde. Die Bewohner des drei Stock hohen Hauses, durch die Detonation aus dem Schlafe geschreckt, sprangen im blauen Feuer auf die Straße. Der Polizei ist es trotz sofortiger Rettungsversuche bisher nicht gelungen, die Täter zu entdecken.

■ Selbstmord. Im Osten Berlins haben sich ein 24-jähriger Bankbeamter und seine Braut mit Gas vergiftet, weil sie infolge der schlechten Lebensverhältnisse und der Wohnungsnott keine Möglichkeit haben, um Laufe in den nächsten Jahren die so lange ersehnte Heirat einzugehen.

■ Falschmünzerei ein groß. Im Zusammenhang mit der Verhaftung einiger Leute, die in New York bei der Herausgabe falscher Dollarnoten erwischt wurden, ist von der Polizei die Organisation einer Fälschergesellschaft aufgedeckt worden, die nach allen Staaten der Union und Europas Verbindungen unterhält. Schon seit acht Monaten verfolgte das Edmonton der Vereinigten Staaten die Spuren des Verbrechers; es unterhielt einen Beobachtungsdienst, der endlich zur Verhaftung von 28 Personen, fast ausnahmslos Italienern, führte. Von Italien kamen auch in riesigen Hörfärbungen verborgen, die Blätter, die zur Existenz amerikanischer, italienischer und anderer Banknoten dienten. Im Rahmen beschäftigte sich die Gesellschaft auch mit der Herstellung falscher Silberdollars; in der Hauptstadt aber wurden amerikanische Banknoten und Briefmarken gefälscht. Die ganze Arbeit war bis aufs kleinste zu einer Industrie organisiert, die sich in den Formen eines regulären Betriebes betätigte. Die Gesellschaft gliederte sich in Erzeuger, in Großhändler, Detailverkäufer, Agenten und Reisende. Man verband auch regelrechte Preislisten, die die Preise der Fälscholate enthielten.

Der Obstbau im Bezirk im März 1923.

Mit den Baumfällen und Pflegearbeiten kann in diesem Monat noch fortgefahrene werden. Als solche sind anzuführen: das Zurückholen der Kronenäste der jungen Bäume (bis ungefähr 10 Jahre) auf die Hälfte ihrer Länge, damit die steilen gebüschten Äste durchstreifen und seine lahlen Stellen an den Nesten entziehen. Das schwache Turz- und Stielholz (ungefähr 20 Centimeter lang, an den Kronenästen wird nicht beschnitten). Bei Formobstbäumen (Spanier, Gordon, Pyramiden) sind die Leitzweige auch auf ungefähr die Hälfte zurückzuschneiden, damit sich die Leit- und Querzweige gut mit Fruchtholz belegen. Um Fruchtholz der Formbäume werden nur die Holztriebe, d. i. solche, die im vergangenen Sommer über 20 Centimeter lang gewachsen waren, auf 4–6 Augen zurückgeschnitten, alle anderen

kurzen schwachen Triebe bleiben unbeschneit. Aus den Baumkronen der älteren Bäume können die trockenen, frischen und sich reibenden Äste noch herausgezogen werden. Die Stämme mit abblätternder Rinde sind abzutragen. Es werden dadurch die gesäßlichen Obstmaßen am wichtigsten bekämpft, jedoch muß das Abholzende verkannt werden. Von Vorteil ist es auch, die Stämme mit gutem Obstbaumfarbolineum oder Kalkmilch zu bestreuen, um die kleinen Schädlinge auch noch unterdrücken zu können. Das Auslösen der Baumrinde muss erfolgen. Eine Düngung mit allen zur Versiegelung stehenden Düngemitteln kann noch erfolgen, jedoch darf Kalk nicht mit Erdstoffsäuerung gleichzeitig gegeben werden. Bei der Baumfällung ist darauf zu achten, daß die Wurzeln beschneit werden und der Baum nur so tief in die Erde kommen darf, daß die oberste Wurzel gerade mit der Erdoberfläche abschneidet. Die Triebe der neu gepflanzten Beerensträucher sind auf 3–4 Augen zurückzuschneiden. Lieber ausblühende Blüten- und Aprikosenpflanze hängt man abends eine Blüte, sonst erstickt oft die Blüte. An den Beerensträuchern schneidet man die seßlichen Tragruten auf 2–4 Augen zurück, die Verlängerungsroute auf 4–6 Augen. Man lasse meist an einem Zapfen nur eine Tragrute stehen. Die alte Rinde an den Stöcken ist zu entfernen, damit wird viel Ungezügeltes bestreift. Mit den Baumveredelungen kann begonnen werden. Die Rebstecke tüchtig düngen.

■ Zu allen Obstbaumaßen steht der Obstbaumeister der Amtsbaudienstmannschaft unentgeltlich zur Verfügung. Alle Pflegemittel und Baumwachs werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Börsenwirtschaftliches.

■ Der Einflußzoll für Zellstoff und Papier. Der Wirtschafts-politischer Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beriet einen Antrag der Verbände für Papierverarbeitung über Aufhebung des Goldgoldschlages für Zellstoff, Papier und Pappe ausländischen Ursprungs. Die durch diese Erleichterung erzielte Einfuhr soll nicht des Mangels wegen erfolgen, da der Bedarf in Deutschland zurzeit gedeckt werden kann, sondern eine Preislenkung erzielen. Die Weltmarktpreise für Zellstoff liegen etwa 8 bis 10 vom Hundert, bei gewissen Papierarten bis zu 50 vom Hundert unter den deutschen Preisen. Der Ausfuhrzoll stellt sich auf den Standpunkt, daß zur Unterstützung der augenblicklich verfolgten Wirtschaftspolitik auf dem Zellstoff und verarbeiteter Erzeugnisse sehr zu begrüßen sei, und erachtet in einer Entschließung die Reichsregierung, zu prüfen, ob der Einflußzoll für Zellstoff, Papier und Pappe auf die Hälfte der autonomen Zollzölle vorübergehend herabgesetzt werden kann.

■ Die Rückwirkung der Rückbesetzung auf die Schweizerische Wirtschaft macht sich täglich stärker fühbar. Der Bundesrat hat sich bereits in verschiedenen Sitzungen mit der Sache beschäftigt, da ihm fortwährend Berichte von Industrieverbänden über die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zugehen. Die leidende Kohlenknappheit, die Verhinderung der Aufnahme und des Verkehrs verstärkt und eine allgemeine gesellschaftliche Depression hervorruft. Auch die Kollektionszahlen sind gesunken. Der Bundesrat wird demnächst militärisches Material über die wirtschaftlichen Folgen der Rückbesetzung veröffentlichen, jedenfalls, um sich bei weiteren Vorfällen bei den betroffenen Märkten eine starke Rückendeckung in der Notwendigkeit zu sichern. Besonders bedenklich für die schweizerische Maschinenindustrie ist das Ende der Einfuhr von Rohkohlen, die nur aus dem deutschen Gebiet bezogen werden können. Bei den letzten Kohlenkäufen der Bundesbahnen zeigte sich eine Preislenkung von 40 Prozent gegenüber dem Stande vor der Besetzung.

■ Zum Abbau der Kohlenpreise. In der offiziellen Sitzung des Steuerausschusses des Reichstags erkannte der Reichsfinanzminister die Notwendigkeit an, an den Abbau der Kohlenpreise heranzugehen. Eine Befreiung zu diesem Zweck soll in den nächsten Tagen zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister stattfinden. Die Herauslösung des Kohlensteuertarifs etwa von 40 auf 20 Prozent sei jedoch für die Regierung unvornehmbar.

■ Neue Bekämpfungen über den Verkehr mit dem besetzten Gebiet. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat vor kurzem mit der Reichsregierung über die deutschen Gegenmaßnahmen gegen die Handelskontrolle der Besatzungsmächte verhandelt, um die vielfach aufgetretenen Zwielagen und Unclarheiten zu beseitigen. Die Reichsregierung erklärt, daß dabei erläutert, daß in den nächsten Tagen eine Verordnung erscheinen würde, durch die jegliche Inanspruchnahme der von den Besatzungsbehörden eingerichteten Kontrollorgane unter Strafe gestellt wird. Das gleiche gilt für die Befolgung der nach dieser Richtung von den Besatzungsmächten getroffenen Anordnungen. Insbesondere also für die Einführung von Sößen, Ausfuhrabgaben und die Ableitung von Devisen. Auch eine mittelbare Inanspruchnahme der Kontrollorgane, etwa durch Verkauf an eine neutrale Firma ab Werk, wird hierdurch getroffen. Es ist, um Witzherkunft hierüber auszufüllen, noch eine entsprechende Anweisung des Reichskommissars für Industrie und Einfuhrbewilligung ergangen. In diesem Schreiben wird ausdrücklich erklärt, daß der sogenannte Volo-Gehölze ausländischen Interessen gegenüber abzuwenden sind. Einhergehend kann auf die Möglichkeit hingewiesen werden, daß der ausländische Interessent durch Vermittlung seiner Regierung auf diplomatischem Wege von den Besatzungsmächten eine Erklärung erwirkt, nach welcher die Einfuhr oder Ausfuhr der Ware lediglich unter Beachtung der deutschen Vorschriften erfolgen kann. Angeht der Gefahr, daß trotz einer solchen Erklärung die Besatzungsmächte von der deutschen Firma nachträglich die Zahlung von Abgaben oder die Ableitung von Devisen verlangen, müßte die Erklärung indessen darauf ausgedehnt werden, daß auch späterhin aus dem Gebiete der deutschen Firma gegenüber keinerlei Ansprüche von den Besatzungsmächten erhoben werden. Verboden sind nicht nur die unmittelbare

am 20. Juni 1615 in Neapel geboren, kam der Sohn früh zu München in die Erziehung, entfloß aber der strengen Hudt und tauchte in den Abzügen unter, wo er in seiner Jugend das Klüne und wechselseitliche Leben eines Käubers geführt haben soll. Man erzählt, daß er von den demokratischen Alten Italiens unfehlbar machenden Käubebanden gefangen genommen wurde und als einer der Übrigsten diese malerischen Figuren, die er später so oft in seinen Bildern festgehalten, studierte. Als er nach dieser kuriosen Episode als Swaniglährling auffaute, ist er ein Maler, dessen kräftige Bilder das Interesse der Neapolitaner erregten. Er kommt nach Rom, wird hier von dem großen Alberi begeistert und schafft seine ersten Schlachtenbilder, die so lange als seine Spezialität galten haben. Er tritt in den Dienst eines Kardinals, schmückt sein Palais in Viterbo aus, malt religiöse Bilder und stellt schließlich in Rom einen „Prometheus“ aus. Aber der unruhige, leide, in seiner Kunst wie in seinem Leben revolutionäre junge Mann findet Freunde, und er will sich an ihnen rächen. Während des Karnevals von 1639, so erzählt ein zeitgenössischer Bericht, erschien ein reich gekleideter, von Löwen mit vergoldeten Hörnern gezogener Wagen auf dem Corso, auf dem eine mächtige Schauspieltruppe stand. Der Führer dieser Truppe, die durch ebenso lustige wie freche Bilder das Gelächter des Publikums erregte, hieß sich unter dem Namen Formica als neapolitanischer Schwanzkater vor und schwanderte in dem

Kostüm des Scharlatans Corviello die heimlichen Epigramme gegen die Regierung und die Gesellschaft. Bald sprach man in ganz Rom von niemand anderem als von dem tollen Formica. Am letzten Karnevalstage demaskierte er sich und zeigte den erstaunten Bildern das Gesicht des Salvator Rosa.“ Seitdem war er auch als Schauspieler einer der gefeierlichsten Verkleidungen und verdiente so viel, daß er in einem kleinen Palais literarische Feste und satirische Aufführungen veranstalten konnte. 1647 trieb ihn sein unruhiges Blut nach Neapel, um dort an dem Freiheitskampf Doganiello gegen die Spanier teilzunehmen. Er kämpfte in der „Schwarzen Todes“ und mußte nach dem Niederlage in Neapel Anschlag ziehen, land eine Ballade in Neapel, wo ihn der Großherzog Ferdinand II. mit vieler Auszeichnung aufnahm. Hier wirkte er nicht nur als Maler, sondern auch als Dichter, verfaßte satirische Stücke, die er einer eigenen Truppe einstudierte und gründete eine Theaterakademie. So führte er zwölf Jahre lang ein glänzendes Leben. Dann trieb ihn die Sehnsucht wieder nach der ewigen Stadt, wo er auf dem Monte Pincio ein prächtiges Atelier sich einrichtete. Hier hat er seine bekanntesten Meisterwerke gemalt, jene großartigen biblischen und geschichtlichen Szenen, jene phantastischen Landschaftsbilder, in denen die ganze Unendlichkeit seines Naturrells töbt. Allmählich ließ sein Augenlicht nach und er starb am 15. März 1678 an der Wassersucht.

Das Ergebnis von Brüssel.

Aus Berlin schreibt man uns: Da mit so armen Hoffnungen von der französischen Presse begrüßte Brüsseler Konferenz hat mit der Veröffentlichung eines "Communiqués" geendet, das im Vergleich mit den seit Wochen von den Pariser Zeitungen geführten Sprache als vorsichtig juristisch-haltend aber sogar als lauwarm bescheinigt werden muss. Um bedeutungsvollsten ist die Erklärung, dass die Franzosen und Belgier das Ruhrgebiet etappenweise räumen wollten, sobald die Deutschen ihre Reparationszahlungen wieder aufnehmen würden. Aber dieses Versprechen ist sehr unverbindlich, denn die Herren Voincavard und Thénard wissen natürlich ganz genau, dass Deutschland gar nicht imstande ist, nach der Besetzung des Ruhrgebiets und der schweren Sichtung des wichtigsten Zentrums des deutschen Wirtschaftsbetriebes die von Frankreich verlangten Reparationszahlungen zu leisten. Die Franzosen selbst haben sich ja bereits erklärt, ein mehrjährige Moratorium für die Abzahlungen ausgeschieden. Sie wollen also im günstigsten Falle die Ruhrbesetzung zunächst auf mehrere Jahre ausdehnen. Später werden sie dann schon neue Vormärkte zur Ausbedeutung der Beliebungstritten finden. Das beweist am besten die Erfahrung mit den Rheinlandbesetzungsstellen, die die Franzosen jetzt als überbaut noch nicht laufend erklären wollen. Hat also die Erfahrung, dass man das Ruhrgebiet nicht dauernd behalten wolle, heute in der vorliegenden Gestalt keinerlei praktische Bedeutung, so ist sie doch zweifellos als ein Zugeständnis anzusehen, das den Franzosen erst von den Belgern abgerungen werden musste. In dieser Hinsicht hat die Konferenz von Brüssel Voincavard eine neue Enttäuschung gebracht. Er glaubte die Engländer und Amerikaner diesmal ganz aus den Verhandlungen ausgeschaltet zu haben. Aber obwohl er mit den Belgern allein am Tisch saß, deren Zustimmung zu seinen Plänen er mühelos erreichen zu können glaubte, hat sich dennoch bei den Verhandlungen ein mächtiger und die französische Politik bestimmter Einfluss der Belgier gezeigt. Die ganze offizielle Veröffentlichung trägt deutlich alle Anzeichen eines mühevoll zustande gebrachten Kompromisses an den Stufen, das den französischen Nationalisten als allzu schwach und nachgiebig erscheinen muss.

Voincavard hat in Brüssel die Erfahrung machen müssen, dass der Einfluss Englands in Belgien noch stärker ist, als er angenommen hatte. Der Geist Bonaparts, den er endgültig ausgeschaltet zu haben glaubte, hat in Brüssel dennoch unfehlbar mit am Verhandlungstisch gesessen. So ist das Ergebnis der Konferenz für die Franzosen recht düstätig gewesen. In verschiedenen wichtigen Punkten ist man überbaut noch nicht eingeworden, sodass die Verhandlungen in Paris weiter fortgesetzt werden sollen. Es ist klar, dass die Belgier dem allmächtigen Herrn Voincavard nicht die allergeringsten Schwierigkeiten zu machen gewagt hätten, wenn sie nicht in London einen starken Rückhalt hätten, sodass Frankreich ihnen starke Konzessionen machen muss, um nicht den letzten Bundesgenossen zu verlieren. Die englische Presse sieht in dem Verlauf der Brüsseler Konferenz bereits das Eingeständnis, dass man auf einem toten Punkt angelangt sei. Die "Westminster Gazette" stellt fest, dass der deutsche positive Widerstand mit vollständigem Erfolg angewandt werde, dass man also zu Verhandlungen mit Deutschland werde schreiten müssen. Hierzu freitlich bieten die Bedürfnisse von Brüssel, in denen der französische Vernichtungswille nur zu ganz unzureichenden, rein formellen Zugeständnissen in der Ruhrbesetzungfrage veranlaßt werden konnte, noch keinerlei annehmbare Verhandlungsgrundlage.

Deutscher Reichstag.

wib. Dienstag, den 13. März.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung des

Reichsverordnungsgesetzes, Alttrentengesetzes, Straf-

personenschädigungsgesetzes und Offizierspendenzionsgesetzes

wird in erster Lesung nach kurzer Debatte an den Ausschuss verwiesen. In der Vorlage werden die Renten der Geldentwertung entsprechend erhöht und außerdem eine Zusatzrente entsprechend den Leerverdienstlagen gewährt, die mit den Leerverdienstlängen der Beamten steigen soll. Sie beträgt zur Zeit 385 Prozent. Für die unter 25 Prozent in der Erwerbstätigkeit geminderten Beschäftigten soll die laufende Rente fortfallen und an ihre Stelle eine einmalige Abfindung treten.

Ein Gesetzentwurf zur weiteren Entlastung der Gerichte, der die Zuständigkeitsgrenzen für Gemeindegerichte auf 30 000 Mark und für Amtsgerichte auf 300 000 Mark erhöht, ist übrigens aber die Regierung ermächtigt, im Falle einer wesentlichen Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Berggrenzen mit Zustimmung des Reichsrats anderweitig festzulegen, geht ebenfalls an den Reichsratssitzung.

Rath Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen wird Johann die zweite Beratung der

Wohngeldabgabe

Sitzgesetz.

Abg. Schirmer (B. Vp.) wendet sich gegen die vom Ausschuss verlangte gewaltige Erhöhung der Abgabe. Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten betrage kaum die Hälfte der Borkriegszett und durch die händige Steuerung der Lebensmittel werde das Einkommen der wirtschaftlich schwächeren Mietern verschlungen. Daraum dürfe nicht die ganze Last der Ausbringung der Mittel für den Wohnungsbau auf diese schwächeren Schultern gelegt werden. Vielmehr müssten andere Mittel gefunden werden und vor allem die Länder durch eine Verdünnung des Holzes den Anfang mit der Baukostenverbilligung machen. Trotz aller Bedenken aber wolle ein Teil seiner Freunde der Vorlage zustimmen, während der andere Teil dagegen sei.

Reichsbauminister Dr. Braun nimmt den Fortdrungen auf Verbilligung der Baukosten zu, besonders der Holzverbilligung werde das Ministerium seine Aufmerksamkeit widmen. Es liege der Regierung fern, die Abgabe auf Kosten des Reallohnes der Arbeitnehmer erhöhen zu wollen. Selbstverständlich würden die neuen Kosten der Lebenshaltung bei der Entlohnung berücksichtigt werden müssen und dabei werde man auch an die Wohnungsbauabgabe denken müssen.

Preußischer Wohnbaudirektor Hirschler erklärt, die preußische Regierung halte eine Erhöhung der Wohnungsbauabgabe auf 3000 Prozent für das Mindestmaß. Sollte ein geringerer Satz beschlossen werden, könne die Regierung die Verantwortung für die Folgen nicht tragen.

Ministerialdirektor Bayerlein vom Reichslandwirtschaftsministerium erklärt die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, die Möglichkeit einer reichsgetragenen Holzverbilligung zu prüfen.

Abg. Heldemann (Komm.) bezeichnet die Bauabgabe als eine unerhörte rigorose Kopfsteuer für die wirtschaftlich Schwächeren und polemisiert gegen die Sozialdemokratie, die geschlossen für die unsoziale Steuer stimmen wolle, obwohl ihr nicht einmal bindende Zusicherungen gegeben seien, dass gegen den Holzwuchs energisch eingeschritten werden solle. Er verlangt Garantiezahlung des Sachverständiges zu den Kosten für die Wohnungsbauabgabe.

Nochdem Abg. Wegmann (linad.) ebenfalls gegen die Vorlage protestiert hat, lobt die Aussprache.

Die Ereignisse in Buer.

Telegramm des Reichspräsidenten an den Magistrat der Stadt Buer.

Nach den Meldungen der örtlichen deutschen Behörden ist trotz ihrer Bemühungen die Tötung der beiden französischen Militärveteranen bis zur Stunde noch nicht aufgeklärt. Es steht teilweise fest, dass Deutsche an der Tat überhaupt beteiligt sind. Ebenso wenig liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass die staatlichen oder städtischen Organen ein Versehen zur Tat fiele. Muß hierauf schon die Anordnung von Repressionen gegen die Bevölkerung als ein Akt grober Willkür angesehen werden, so stellt sich der französische General durch die Art, wie er diese Repressionen ohne Rücksicht auf das Leben schuldhafter Einwohner durchführen läßt, außerhalb aller Schranken von Recht und Gesetz. Die Bevölkerung des Ruhrgebiets hat gegenüber der Belagerungsarmee bisher eine bewußte Selbstbeherrschung bewiesen. Sie hat trotz machender Erbitterung über die zahlreichen ungeliebten Blutaten, über die fortgesetzten Misshandlungen auf der Straße und über die Vergewaltigung ganzer Städte die Ruhe bewahrt und ihrerseits alles getan, um einstige Zusammenstöße zu vermeiden. Das ist um so bewundernswert, als die Verwaltung des Gebiets durch die Abschaffung vom übrigen Deutschland sowie durch die Entfernung der meisten leitenden Beamten führerlos gemacht und der Sicherheitsdienst durch die Besetzung der Schutzpolizei zerstört worden ist.

Maßnahmen, wie sie jetzt von dem französischen General in Buer durchgeführt oder angedroht werden, sind jedoch dazu angepasst, die Bevölkerung zur Verweisung zu freien und unabsehbaren Unheil herauszubringen. Wenn der französische Regierung noch daran liegt, dies zu verbüthen, so ist es ihre Pflicht, dem Vorgehen des militärischen Befehlshabers Einhalt zu gebieten. Die Verantwortung für die Folgen fällt sonst allein auf sie, nicht auf die deutsche Regierung, noch auf die deutschen Beamten, noch auf die deutsche Bevölkerung.

Aus Buer wird dazu gemeldet: Eine Darstellung der biesigen Behörden, die sich auch auf die Angabe eines französischen Kartäts vom Jägerbataillon Nr. 15 bezieht, gibt einen ins einzelne gehenden Tatbestand über die Ermordung der beiden französischen Offiziere, die nach dem Jägerbataillon auf der Runde waren. Die Tat geschah auf offener Straße. Die beiden Offiziere wurden von hinten erschossen. Die Patronen sind am Tatort aufgefunden worden. Die verfeuerte Munition ist deutsches Ursprungs, was aber nichts bemerk, da vor den Besetzungsbehörden Waffen und Munition befürchtet eingesogen worden sind. Die beiden Offiziere standen sich nach dem Tatfund gegenüber. Die einen einen Offizier tödliche Kugel durchschlug dessen Brustkasten und traf den andern Offizier von vorn. Diese Verlegung des zweiten Offiziers war nur unbedeutend. Als dieser sich zur Flucht wandte, erhielt er einen zweiten Schuß von hinten, an dessen Folgen er noch einige Schritte tot zusammenbrach. Die Leichen konnten von einem deutschen Arzt nicht bestichtigt werden. Die Schüsse sind von einer Anzahl Zeugen gehört worden, deren Angaben übereinstimmen. Frau Reichsanwältin Kochmann, die direkt am Tatort wohnt, hat fürz vor den Schülern eine erregte französische Unterhaltung vernommen. Mehrere Beugen haben zwei französische Alpenjäger nach den Schülern abbonieren sehen. Nach den angestellten Ermittlungen dürfen diese beiden Alpenjäger als Täter in Frage kommen. Der Jägeroffizier wird auf seiner Runde die beiden nach dem Jägerbataillon außerhalb ihres Quartiers ange troffenen Soldaten angehalten haben. Es ist festgestellt, dass es hierbei zu einer leichten und energischen Unterhaltung gekommen ist, in deren Folge die Soldaten die Tat begangen haben werden.

Wie die Blätter aus Buer melden, ist die vergangene Nacht ruhig verlaufen. Die Franzosen haben eine außerordentlich scharfe Verhaftspolizei ausgeübt. Die ersten beispiellos scharfen Verordnungen des kommandierenden Generals sind durch mildere ersetzt worden. Die Belagerung in der Stadt ist erheblich verstärkt worden. Vor dem Rathaus haben die Franzosen Taxis aufgefahren.

Aufsätzlich der Erschießung der beiden französischen Offiziere hat der Ortskommandant von Buer die Stadtverwaltung aufgefordert, sofort eine neue Polizei zu schaffen. Damit geben die Franzosen selbst zu, dass sie mit der völligen Fortschaffung der Schutzpolizeibeamten einen nicht wieder gutzumachenden Fehler begangen haben. Die Bildung der neuen Polizei steht auf außerordentliche Schwierigkeiten, da ein gebürtiges Personal nicht vorhanden und die noch bestehende Kriminalpolizei wegen der Ermordung eines deutschen Kriminalbeamten durch die Franzosen nicht gewillt ist, sich einer solchen Lebensgefahr auszusetzen.

Die ersten Paragraphen werden bewilligt. Zu § 5, der die Höhe der Abgabe enthält, begründet Abg. Obermeier (Soz.) einen Antrag, die Regierungsvorlage infolge wieder herzustellen, als die Regierung ermächtigt wird, mit Zustimmung des Reichsrats die Höhe weiter zu ändern.

Ministerialdirektor Imhof erklärt namens der bayerischen Regierung, diese könne einer Erhöhung des Saches auf 3000 Prozent nicht zustimmen wegen der großen Erregung, die eine so drückende Belastung im Volke auslösen würde. Die bayerische Regierung könne nur mit dem ursprünglichen Satz der Regierungsvorlage von 1500 Prozent einverstanden sein.

Abg. Eichhorn (Komm.) polemisiert wiederum gegen die Haltung der Sozialdemokratie, die entgegen allen sozialistischen Traditionen die wirtschaftlich schwächeren Mietern einer brutalen indirekten Sondersteuer belasten wolle.

Abg. Tremmel (Bentr.) stimmt dem sozialdemokratischen Antrag mit der Änderung zu, dass die Regierung bei einer Erhöhung der Höhe nicht an die Zustimmung des Reichsrats, sondern des Wohnungsausschusses des Reichstags gebunden sein soll.

Abg. Andre (Bentr.) bekämpft den Antrag. Schon bei Annahme der 3000 Prozent werde ein Sturm der Entrüstung durch das Volk gehen. Viel richtiger wäre es, die wirtschaftlich Starken zu den Kosten heranzuziehen.

Abg. Leopold (Dnat.) und Abg. Wieneck (D. Vp.) lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab. Der Antrag Leopold (Dnat.), welcher die Abgabe auf 1500 Prozent erlässt, wird gegen die Antragsteller, die Kommunisten und einige Abgeordnete der Mitte abgelehnt, ebenso der Antrag, welcher den erhöhten Satz bis Ende 1924 befristet will.

Für den Ausschusenantrag (3000 Prozent) stimmen geschlossen nur die - Sozialdemokratie; er wird im Hämmerling mit 157 gegen 188 Stimmen abgelehnt, damit ist aus dem Gesetz jede Verfestigung der Abgabe überhaupt entfernt.

Vom § 5 wird unter großer Heiterkeit nur der Schluss angenommen, wonach die garnicht beschlossene Höhe nur für die Jahre 1923 und 1924 gelten. Der Rest der Vor-

Telegramm des Reichspräsidenten an den Magistrat der Stadt Buer.

Der Reichspräsident hat an den Magistrat der Stadt Buer heute folgendes Telegramm gerichtet: Magistrat Buer Westfalen. In tiefer Empörung über die unerbittlichen und unmenschlichen Blutatten des französischen Militärterrors gegenüber friedlichen und schuldlosen Bürgern Ihrer Stadt, bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der so grauen Gemüdeten meine herzliche Teilnahme zu übermitteln. Es wird alles geschehen, um von den betroffenen Familien materielle Not fernzuhalten. Reichspräsident Ebert.

Protest der Stadtverwaltung Essen.

Wegen der Verhafung des Beigeordneten Kunz erhob die Stadtverwaltung Essen, nach der "Münchner Zeitung", beim General Fourrier, dem Kommandeur der 128. Division, schärfsten Einspruch. In dem Schreiben wird dem General versichert, dass die Verhaftung des verdächtigen Hauptes der Stadtverwaltung nicht dazu führen werde irgend einen Beamten vom Blute der Freiheit und des Staates und den Anordnungen der Gemeinden abzuwenden und Handlungen zu begehen, die er wieder vor der staatlichen Obrigkeit noch vor seinem Gewissen rechtfertigen könne.

Demokratischer Protest gegen das Verhalten der Franzosen.

Das empörende Verhalten der Franzosen gegen den Oberbürgermeister Zimmermann der Stadt Buer hat dem Vorsitz der Demokratischen Partei Anlaß gegeben, folgendes Telegramm an die englische Wölkerbundliga zu senden: Französische Besatzungsbehörde Westfalen hat dortigen Oberbürgermeister Zimmermann als Geisel festgelegt und droht dessen Hinrichtung an. Unerhörte, unmenschliche und krassester Rechtsbruch erfordert sofortiges Eingreifen. Erwartete Aktion zwecks Befreiung verhafteter und bedrohter Deutscher.

Die Beerdigung der von den Franzosen ermordeten Deutschen.

Die Beerdigung der von den Franzosen in Buer ermordeten Deutschen muß Mittwoch früh 7 Uhr in aller Stille vor sich gehen; nur die nächsten Angehörigen der Totessoyen dürfen an der Beerdigung teilnehmen. — Die Trauerfeier für die beiden ermordeten französischen Offiziere dagegen soll mit größtem militärischem Pomp vor sich gehen.

Die Beerdigung der von den Franzosen ermordeten Franzosen.

Das empörende Verhalten der Franzosen gegen den Oberbürgermeister Zimmermann der Stadt Buer hat dem Vorsitz der Demokratischen Partei Anlaß gegeben, folgendes Telegramm an die englische Wölkerbundliga zu senden: Französische Besatzungsbehörde Westfalen hat dortigen Oberbürgermeister Zimmermann als Geisel festgelegt und droht dessen Hinrichtung an. Unerhörte, unmenschlicher und krassester Rechtsbruch erfordert sofortiges Eingreifen. Erwartete Aktion zwecks Befreiung verhafteter und bedrohter Deutscher.

Die Beerdigung der von den Franzosen ermordeten Deutschen.

Die Beerdigung der von den Franzosen in Buer ermordeten Deutschen muß Mittwoch früh 7 Uhr in aller Stille vor sich gehen; nur die nächsten Angehörigen der Totessoyen dürfen an der Beerdigung teilnehmen. — Die Trauerfeier für die beiden ermordeten französischen Offiziere dagegen soll mit größtem militärischem Pomp vor sich gehen.

Die Polizeigebäude werden von den Franzosen gesperrt.

Dem Regierungspräsidenten und dem Oberpolizeidirektor in Düsseldorf ist durch ein Schreiben des Generals Denerves mitgeteilt worden, dass die Gebäude der Oberpolizeidirektion in ihrer Gesamtheit dem französischen Generaldirektor für den Verkehr und für die Verfolgung der Armeen zur Verfügung gestellt werden müssen, der dort Dienststellen einrichten und das von deutschen Beamtenfamilien in dem Gebäude der Oberpolizeidirektion eingenommenen Wohnung einzu räumen. Der Regierungspräsident hat gegen diese Maßnahme Prost einzulegen.

Regierungsschreiber bei den militärischen Strecken.

Die Franzosen scheinen jetzt bestrebt zu sein, auf den militärischen Strecken einen regelrechten Betrieb durchzuführen. Auf der militärischen Nordstrecke in der Bahnhof Datteln durch eine meterstarke Barricade abgesperrt worden. Der Bahnhof Datteln soll vermutlich als Endpunkt der militärischen Nordstrecke und Oberwengen als Endpunkt der Südoststrecke dienen.

Die Familien der ausgewiesenen Polizeibeamten müssen die besetzten Gebiete räumen.

Der kommandierende General der 128. Division hat an den Bürgermeister von Essen ein Schreiben gesetzt, wonach auf Befehl des kommandierenden Generals der französischen Rheinarmee alle Familien (Frauen und Kinder) der durch die französischen Behörden ausgewiesenen Schutzpolizeibeamten die besetzten Gebiete innerhalb acht Tagen räumen müssen.

Das Kriegsgericht der 11. französischen Division in Essen hat den Beigeordneten der Stadt Castrop, Stadtbankrat Schmidt, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er französische Requisitionsbefehle nicht befolgt habe.

Die Verkehrslage im allgemeinen unverändert.

In Dortmund wurde ein Polizeibeamter festgenommen, weil er der Befreiung auf Einreise einer kleinen familiären Beamtin der Polizei nicht nachgekommen ist. — Die am 10. März auf dem Phoenixwerk stationierte französische Wache ist zurückgezogen.

Der Vertreter der Bauabteilung des Kreises Dortmund, Stadt Böving, ist wegen Verweigerung der Ausführung von Requisitionsbefehlen zu 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden.

lage wird im wesentlichen in der Ausschusssitzung angenommen, ebenso die Entschließungen betreffend Verbüßung der Baukosten, Einrichtung von Pflichtparaffinen usw.

Um 27 Uhr wird dann der Gesetzentwurf über die

Geldentwertung in den Steuergesetzen

weiter zu beraten beginnen. Die Beratung wird fortgesetzt bei Artikel 2, § 28a, welcher die Bewertung von Devisen und Wertpapieren regelt. In der Freitagssitzung war die Abstimmung hierüber dadurch vereitelt worden, dass die Sozialdemokratie durch Verlassen des Saales das Haus beschlußfähig gemacht hatten. Diesmal blieben sie im Saale, und § 28a wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Abgeordneten angenommen.

Artikel 3 regelt die Verübung der Geldentwertung bei der Zahlung. Nach § 1 soll für jeden Monat des Rückstandes von Steuern ein Zuschlag von 15 Prozent, bei mehr als 3 Monaten Rückstand ein Zuschlag von 30 Prozent des Rückstandes gezahlt werden. Mit Abgabe der Steuererklärung zur Einkommensteuer soll der Beitrag nachgezahlt werden, um welchen die Einkommensteuer die auf die Steuerschuld

Zagessgeschichte.

Deutsches Reich.

Keine Tariferhöhung bei der Post. Im Haushalt-ausdruck des Reichstags erklärte der Reichsminister, eine weitere Tariferhöhung werde in der nächsten Zeit bei der Post nicht mehr vorgenommen werden.

Erennung an Ehrendoktoren. Der Präsident des baltischen Landtages und Bürgermeister von Riga, Madsburg, sowie der demokratische Reichstagabgeordnete Kurell, die beide von den Franzosen ausgesetzt worden waren, sind von der Universität Gießen zu Ehrendoktoren ernannt worden. Die Universität will in diesen Männern alle dienlichen ehen, welche in gleicher Weise schon große Opfer für das Vaterland gebracht haben und noch bringen werden.

Veranlagung selbstgezeichnete Dollar-Schakanweisungen. Der Reichsrat hat auf Grund des § 108 Abs. 2 des Reichsbahngesetzes dem Entwurf einer Verordnung des Reichskommissariats demontiert, nach der selbstgezeichnete Dollar-Schakanweisungen für die Veranlagung zur Einkommen- und Körperchaftsteuer mit den selben Werten eingetragen werden, mit denen die als Gegenwert berechneten Devisen einzutragen wären. Danach treten beim Austausch der Devisen in Dollar-Schakanweisungen nicht die steuerlichen Folgen ein, die gemäß der Einkommen- und Körperchaftsteuer bei einer Veräußerung der Devisen sich ergeben würden. Steuerpflichtige, die Devisen besitzen und jetzt in Dollar-Schakanweisungen umtauschen, werden also nicht schlechter gestellt als Steuerpflichtige, die Devisen besitzen und behalten. Die selbstgezeichneten Dollar-Schakanweisungen werden mit den Devisen, die die Steuerpflichtigen vorher belasten, gleichgestellt. Die Regelung bedient sich auf die selbstgezeichneten Dollar-Schakanweisungen; mit später Dollar-Schakanweisungen läßlich erwiedert, hat einen dabei sich ergebenden Gewinn nach den allgemeinen Grundsätzen zu versteuern.

2 Milliarden Mark zur Verbülligung der Milz. Der preußische Volkskommissar für Volksernährung hat im Anschluß an das Vorgerufen des Reichs zur Verbülligung der Milz für Kinder besonders bedürftiger Familien für die nächsten Wochen rund 2 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt.

Belebung des Deutschenbeckens. Auf Vorstellung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat das Reichsbaudirektorium bestimmt, daß in Fällen, in denen die Verhältnisse einer Firma es unabdinglich geboten erscheinen lassen, z. B. zum Zweck der Rohstoffbeschaffung in Reihen von Absatzstrecken und dergl., eine Belebung des legitimen Deutschenbeckes gerechtfertigt erscheinen kann.

Eine Erklärung des Deutschen Industrie- und Handelstages. Im Hauptauskunft des Deutschen Industrie- und Handelstages, der vorgestern unter dem Voritz seines Präsidenten Franz v. Menzelsohn tagte, wurde nach Referaten des Geheimrats Dr. Hamm (Köln) und des Kommerzienrats Dr. Reisch (Duisburg) über die Verhältnisse im beschicht und Einbruchsgebiet eine Erklärung angenommen, in der es heißt: Der Hauptauskunft des Deutschen Industrie- und Handelstages verleiht das belebte und Einbruchsgebiet, daß die Erwerbskände Deutschlands fest hinter der lebenden Bevölkerung des Weltens stehen. Der Auskunft erwartet, daß im geschäftlichen Verkehr mit dem belebten Gebiet die weitgehendste Rücksicht auf Kreditgewährung und Lieferungsvereinbarungen genommen wird.

Die Unterstützungsabläufe für Rentenempfänger. Die sozialpolitische Aussicht des Reichstags hat einen Antrag des Bentenius angenommen, der im allgemeinen eine Vereinfachung der Unterstützungsabläufe für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung vor sieht. Für das belebte Gebiet, das Einbruchsgebiet und die dienen gleichgestellten Bezirke ist eine Vereinfachung der Sache vorgesehen.

Der Geholungsausland der Reichsbeamten. ist durch Beschluss der Reichsregierung für 1922 in der gleichen Höhe wie für 1922 festgelegt worden.

Zusammenkunft mit den Gewerkschaftsvertretern. Am 10. April soll im Reichskommissariat eine neue Zusammenkunft mit den Gewerkschaftsvertretern stattfinden.

Auszahlung der Beamtengehalter. Die gezielten Verhandlungen im Reichskommissariat haben ergeben, daß den Beamten am 19. März das laufende Monatsgehalt gezahlt wird. Die quartalsweise auszuzahlenden Gehälter werden an dem gleichen Tage ausgezahlt werden. Ebenso werden die Reichs- und Staatsarbeiter am 19. März einen Vorschuss in Höhe von zwei Monatslöhnen ausgezahlt erhalten.

Belgien.

Ministerpräsident Poincaré wurde vorgestern vom König Albert empfangen. Pointard und seine Mitarbeiter verließen gestern morgen Brüssel. — Nach Beendigung der Verhandlungen erklärte Poincaré Zeitungsberichterstattern, er könne ihnen nichts mitteilen. Die gleiche Zurückhaltung drohten die übrigen Konferenzteilnehmer.

Polen.

Der polnische Gesandte in Riga Jodko, der an der Wirtschaftskonferenz in Helsingfors als Delegierter Polens und der freien Stadt Danzig teilnahm, teilte einem Mitarbeiter der polnischen Telegraphenagentur mit, auf der Konferenz sei unter anderem beschlossen worden der abschließende Abschluß von Handelsverträgen zwischen den baltischen Staaten, die Aufnahme von Beziehungen zwischen den wichtigsten Kreditanstalten zur Förderung des Handels, die gegenseitige Notierung der Noten der baltischen Staaten an den Märkten und eine Aufforderung an die Regierungen, die Papiermarktläden zu vereinfachen. Die Kommission für die Datensfrage sei zu der Ansicht gelangt, daß eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verwaltung der baltischen Märkte, sowie eine Verbesserung der Eisenbahnverbindungen durch alle baltischen Staaten von größtem Belange für die weiteren wirtschaftlichen Annäherungen der baltischen Staaten sei. Im Laufe der Verhandlungen in Helsingfors sei auch eine starke Annahme der Handelsbeziehungen zwischen Polen und den baltischen Staaten leichtgekehrt worden.

Frankreich.

Die Reparationskommission verhandelte gestern nachmittag u. a. über die an die deutsche Regierung zu richtende Notifizierung der italienischen Befreiungen von Sachsenhausen und über die Sachsefriktionen an die Tschechoslowakei.

Die Ingenieurkommission in Brüssel. Wie der "Intendant" aus Brüssel berichtet, hat die Ingenieurkommission vorgestern ihren Sitz endgültig von Paris nach Brüssel verlegt. Die belgischen Ingenieure sollen von nun an eine besondere belgische technische Mission bilden.

Russland.

Eine Note Tschechoslowak. Nach einer Meldung der Russ. Telegraph. hat Tschechoslowak an England, Frankreich und Italien eine Note gerichtet, in der die Sowjet-Regierung im Anschluß an ihre unbeantwortete gebildete Note vom 22. Februar erneut einen Weinigungsaustausch über die Memelfrage fordert.

England.

Die Debatte über die Ruhrbesetzung. In der heutigen fünften Debatte des Unterhauses über die Ruhrbesetzung erklärte Unterstaatssekretär Michael, wenn die Regierung sich auch des nachdrücklichen Wunsches der Lage bewußt sei und anerkenne, daß die Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grade noch zuverstanden hätten, so sei sie doch ebenso drauf-

lich wie bisher darauf bedacht, die Freundschaft mit Frankreich, wenn möglich, aufrecht zu erhalten, und sie möchte einen endgültigen Bruch, wenn irgend möglich, zu vermeiden. Simon, Fisher und Nequin forderten die Regierung, bringend auf, das Ruhrproblem dem Völkerbunde zu unterbreiten und battonen, die jüngste Entwicklung beobachte erneutlich den britischen Handel.

Erste Kriegslandesbefreiungen im Unterhaus. Im Unterhaus drückte die Arbeitspartei ihre Unzufriedenheit über in Bonn vorgenommene Verhüllungen irischer Republikaner aus und eröffnete die Debatte über diese Frage. Es kam zu erregten Kriegslandesbefreiungen, die zeitweise zu leichten Zwischenfällen zu führen drohten. Der Staatssekretär des Innern Bridgeman verlor mehrere Briefe, die in dem Besitz der Rebellen gefunden waren. Der erste erforderte die Möglichkeit, leichte Geschüsse aus England zu erhalten. Der andere verweist auf die bringende Notwendigkeit, einen Spion in das Foreign Office zu bringen. Der dritte Brief erwähnt, daß die irischen republikanischen Rebellen die Eröffnung feindlicher Handlungen gegen England in Erwägung ziehen. Bridgeman erklärte, er sei auf Grund durchaus vernünftiger Erwägungen und zu dem Zwecke vorgegangen, die irische Regierung in den Stand zu setzen, dem amerikanischen Feldzug zu begegnen. Der Dreiklang erklärt sich damit einverstanden, mit der britischen Regierung zu vereinigen und deren Zustimmung einzuholen, bevor Maßnahmen gegen die Rebellen ergriffen werden, die über einfache Unterstellungen hinausgehen. Die Fälle, bei denen Abordnungen in Irland können, würden nachgeprüft werden. — Der Protestantrag der Arbeitspartei wurde mit 200 gegen 152 Stimmen abgelehnt. Die Erörterung drehte sich hauptsächlich um den gefährlichen und verfassungsmäßigen Charakter des Vorhabens. Der Außner-General verlor einen Brief vom 7. März, in dem der Stabschef der irischen republikanischen Armee dem Empfänger auffordert, unverzüglich Operationen gegen Großbritannien zu eröffnen mit der Bemerkung: Jetzt ist der Tag gekommen.

America.

Ein amerikanischer Bericht über die deutschen Kohlensicherungen. Der "Newark Herald" meldet aus Washington: Im Bericht des Schiffahrtsamtes über die europäische Lage, einer Veröffentlichung, welche die wöchentlichen Handelsberichten großer Banken enthält, wird festgestellt, daß weder Frankreich noch Deutschland aus dem Ruhrgebiet Kohlen erhalten hätten und das England außerhalb sei, den Bedarf des Reiches aus seinen Kohlengruben zu decken. Der Bericht nimmt an, daß die Streitenden im Ruhrgebiet, unterstützt vom übrigen Deutschland, im Stande seien würden, 6 Monate auszuhalten und führt dazu, daß Frankreich nicht über einen ausreichenden Überschuss an Arbeitskräften verfüge, um die deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet zu erleben. Der Bericht des Schiffahrtsamtes hat noch dem Blatte bei den in Washington gebildeten Kongressmitgliedern große Überraschung hervorgerufen und starkes Interesse gefunden.

Ein großer Wirksamkum aus Südwürttemberg suchte Teile des Bundesheim und verursachte in einer Anzahl Städten Todesfälle und Verwundungen.

Gerichtsstaat.

8. In gehöriger Sitzung verhandelte die 5. Strafkammer des Dresdner Landgerichts gegen den Vater Heinrich Kurt Egeler aus Großenhain wegen Verbrechen nach den §§ 174 Absatz 1 und 176 Absatz 3 begangen gegenüber seinem Wandel und an einer Tochter. Unter Beihilfe einer Frau erkannte das Gericht auf insgesamt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. — Der aus Borsdorf gebürtige, zuletzt in Riemendorf beschäftigte landwirtschaftliche Arbeiter Karl Hermann Lippmann aus Zwickau zurzeit wegen Diebstahls in Weißn in Strafschuld, mußte sich wegen Verbrechens nach § 176 Absatz 3 vor der fünften Strafkammer verantworten. Nach langerer gehöriger Beweisaufnahme wurde Lippmann zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. — Wegen Vergehens nach § 218 des Reichsstrafgesetzes und Beihilfe dazu mußten sich die Kartonagenarbeiterin Marie Martha Herzog und die weit über Dresden hinaus bekannte Naturheilungsfrau Juliane Sophie Augustine Reiske geborene Wallas vor der 5. Strafkammer verantworten. Letztere betreibt in Dresden eine sehr aufgedeutete Praxis, die Herzog wandte sich einmal hilfesuchend an sie, zog sich aber bei dem Eingriff ein bedenkliches Unterleibsleiden zu. Das Gericht nahm nur verdeckte Abteilung an, demgemäß stellt sich auch die gewährte Beihilfe als mild heraus. Das Urteil lautete bei der Herzog auf 1½ Monate, bei der Reiske dagegen auf 2 Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung kam zum Ausdruck, daß die Reiske ein beträchtliches Entgelte genommen habe.

Ein größerer Wascherprozeß stand vor der 1. Strafkammer des Dresdner Landgerichts zur Verhandlung an. Die Anklage richtete sich gegen den 1892 zu Troitzk b. Russland geborenen, in Polen wohnhaften Fabrikanten Emil Rudolf den aus Reichenburg gebürtigen Kaufmann August Kurt v. Bredow, den Rückenmeister Emil Wünscher, den in Großröhrsdorf wohnhaften Arbeiter Willi Paul Giersch, den Kaufmann Leonhardt Krebs und den Ingenieur Paul Engelman, letztere beiden aus Dresden. Der sehr umfangreiche Strafverfahren legte Rudolf gewerbs- und gewohnheitsmäßige Wascherei zur Last, er soll seit Frühjahr 1922 insbesondere Morphium, Salvarsan, Bücher, ein Motorrad, drei japanische Dächer, Bettwaren, Fahrradteile und Zubehör, Skuniton und Schiebepulser über die tschechische Grenze befördert haben. Von den übrigen Angeklagten wurden von Bredow beschuldigt, daß er an Rudolf Kleidamente und Wäsche einige Waszwaren verkaufte, und daß beide hemmlich Beihilfe zur verbrechten Ausfuhr geleistet haben. Giersch soll seine Wohnung zur Verfügung gestellt, und Krebs den Vermittler beim Verkauf des Motorrades zwischen Engelman und Rudolf gemacht haben. Um den Sachverhalt zu klären, war eine lange Beweisaufnahme erforderlich. Alle Angeklagten außer Rudolf bestritten ihre Schuld. Nach vielfältiger Verhandlungsdauer wurden Rudolf wegen verbreiterter Ausfuhr zu 8 Monaten Gefängnis und 600 000 Mark Geldstrafe, Wünscher zu 100 000 Mark und v. Bredow zu nur 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt, alle anderen Beschuldigten aber freigesprochen.

8. Landgericht Dresden. Der in Freiberg wohnhafte, 1890 zu Merzdorf geborene Händler Bruno Karl Wolf war wegen Schlägerei verschiedener Sachen vom Schöffengericht Freital-Döhlen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Nach erneuter Verhandlung vor der vierten Strafkammer wurde gewerbs- und gewohnheitsmäßige Schlägerei für vorliegend erachtet und Wolf zu nunmehr einem Jahr einer Woche Zuchthaus verurteilt. Umfangreiche Zeichnungen zum Nachtheil einer Dresden Delikatesse handlung verübt der erst 17 Jahre alte, aber bereits fünfmal vorbestrafte Marktbesitzer Wilhelm Erich Tunkel. Weshalb er sich vor der sechsten Strafkammer als Jugendgericht zu verantworten hatte. Der recht hoffnungsvolle Bursche Wolf Delikatesse im Werte von weit über 100 000 Mark und versuchte auch mittels gefälschter Briefe angediktet im Namen des Vaters vom Geschäftsinhaber 15 000 Mark Darlehen zu erlangen. Dieser Plan mißlang, hierauf entwendete Tunkel dem Firmeninhaber ein Scheinformular und versuchte dann darauf bei der Bank Geld zu erlösen, inzwischen erfolgte seine Festnahme. Die Strafkammer erkannte auf zehn Monate Gefängnis. — Wegen Vergehens nach den §§ 22, 23 und Vergehens nach § 148 des Militär-

Kriegsgefechtsgesetzes hatte sich der 1900 zu Mecken geborene frühere Reichswehrsoldat, jetzt Bankfachling Georg Walter Berthold vor der fünften Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte hatte nach der Auflösung des alten Heeres weitere Dienste bei Freiwilligen-Verbänden geleistet, er war dann ausgetreten im Oktober 1920 als Reichswehrsoldat von dieser Truppe entlassen worden. Im Sommer 1919 befand sich Berthold beim Nachrichtenzug des 8. Sächs. Inf. Regiments 20 in Elster, dieser Truppenteil wurde am 14. August 1919 von Willkürwirkung aus über Querfuhrten nach der Heimat abtransportiert. Wegen der gegen Willkür lebendigen Gesinnung mußten die Transporte während der Kriegszeit ausgeschafft werden, es herrschte erhöhte Alarmbereitschaft, zumal auch Eisenbahntransporte wiederholt von sogenannten roten Freischärlern beschossen wurden. Während einer Fahrt wurde der Berthold seinen Karabiner nicht entladen, sondern die Patronen im Magazin darunter gedrückt, dann abgezogen. Am vorgenannten Augusttag ergriff der Bismarckwehr Osterburg aufgrund der nicht richtig entladenen Karabiner des Berthold, machte auf ihn Unruhen und vertrieb ihn aus dem Dienst. Bismarck trug einen Schuh, Herrmann wurde in den Unterleib, ein anderer Soldat Wiedemann am Kopf verletzt. Gefreiter Herrmann verstarb bald in Zubehör an den Folgen der schweren Verwundung. Staatsanwalt Dr. Meiss forderte Bekräzung nach den angegebenen Paragraphen des Militärstrafgesetzes mit der Begründung, daß der Angeklagte als Verbrechensfolge zu gelten habe, während Reichsminister Giese eine gegenteilige Ausschaffung vertrat und für Freisprechung plädierte, es habe sich hier um einen sogenannten "Freiwilligen-Verbund" gehandelt. Das Gericht verurteilte Berthold dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend zu zwei Monaten Gefängnis.

Autorenrechtliche evangelisch-luth. Bundessynode.

8. Auf Einberufung des Kirchenregiments traten am Montag, den 12. März, im Gemeindebau der Kreuzkirche zu Dresden, die bisherigen Mitglieder der außerordentlichen Landeskirchensynode zusammen. Trotz der bevorstehenden Neuwahl zur 12. ordentlichen Landeskirchensynode war diese Einberufung nötig zur Erledigung sehr dringlicher und wichtiger Kirchenfragen. In seiner Eröffnungsansprache begründete der Präsident des Landeskonsistoriums Dr. Dr. Böhme die Einberufung der Synode mit den außerordentlichen Erledigungen, die seit dem Schlus des 11. Landeskirchensynoden zur 12. ordentlichen Landeskirchensynode waren. Die Kirche habe nicht die Möglichkeit wie der Staat, ihre Betriebsmittel beliebig zu vermehren. Allerdings sei die Kirche so schwer getroffen, wie in Sachsen, deshalb sei jede Versägerung in den Abhilfemaßnahmen unverantwortlich. Gleichzeitig sei die Einberufung dieser außerordentlichen Landeskirchensynode unanfechtbar, da die Neuwohl zur Synode 1920 noch nicht aufgedeckt seien. Die wichtige Vorlage sei das Vorgetragen über die Centralisierung der Pfarrer und über die Pfarrerbefolzung. Unter dem lebhaftesten Beifall des Hauses gedachte sodann Dr. Dr. Böhme der unter schweren Entbehrungen ihren Dienst leistenden Pfarrer, der Opferfreudigkeit vieler Gemeinden und der taifärtigen Hilfe aus dem Auslande. Das Direktorium der 11. Landeskirchensynode wurde hierauf einstimmig wiedergewählt und der Präsident der Synode Dr. Seehaus-Wurzen erklärte die Synode konstituiert. — Das Kultusministerium hat die Billigung des notwendigen Mittels zur Belebung der Unlusten der außerordentlichen Landeskirchensynode abgelehnt mit der Begründung, es habe sich nicht von der Notwendigkeit ihrer Einberufung überzeugt. — Als Kommissare des Landeskonsistoriums sind ernannt worden: Präsident Dr. Dr. Böhme, Landesbischof Dr. Ihmel, die Geist. Konfessorialräte Dr. Knauer, Seyler und Wittgen. Die 5. Ausschüsse der Synode werden sämtlich in den bestehenden Zusammensetzung wiederholt, wie bei der 11. Landeskirchensynode und wählen ihren Vorsitzenden wieder. Die Sitzung der außerordentlichen Synode am Dienstag, den 13. März, brachte nach dem Registrierungsvertrag nur die Beratung über einen Antrag der Synodalen Klug, Boden und Müller, Swidau, zur Änderung der Gesetzgebung der Landeskirche. Der Antrag der Synode und zwar dahingehend, daß das Direktorium ermächtigt werden soll, die Auslässe einzuhören, auch bevor das Plenum zusammentritt. Bei Einberufung einer außerordentlichen Synode sollen die Auslässe in der alten Zusammensetzung einberufen werden. Der Antrag wird nach längerer Ausdrache auf Antrag des Direktoriums an den Verfassungsausschuß überwiesen.

Hieraus sind eine vertrauliche Sitzung statt. Nächste Sitzung Mittwoch, den 14. März, vorzeitig 10 Uhr. Tagessordnung: Antrag des Finanzausschusses, Mitteilungen des Landeskonsistoriums, das Kirchensteuerwesen betr. Antrag des Verfassungsausschusses betr. die Sophienkirche zu Dresden. Anfrage von Synodale Stände an das Kirchenregiment betr. die vorläufige Abdankung der Staatsleistungen an die Kirche.

Kunst und Wissenschaft.

Der Maler des 50 000-Mark-Scheins. Unsere neuen Geldscheine zeigen Porträts von bekannten deutschen Malern. Nach Dürer ist die Wahl jetzt auf Bartholomäus Bruun gefallen, den 1498 zu Köln geborenen Meister, dessen Kopf des Bürgermeisters von Brauweiler den neuen 50 000-Mark-Schein schmückt. Dieser Bürgermeister entstammt dem Marktleidet gleichen Namens im Landkreis Köln, berühmt durch seine 1824 gestaltete Benediktinerabtei, die 1808 aufgehoben wurde. Die Kunst von Bruun leitet sich von dem Kölner Meister vom Ende Marca ab, jedoch auch von Michelangelo und anderen großen Italienern. Das Hauptwerk des Meisters ist in seiner Heimatstadt 1557 verloren, in der Hochaltar von St. Victor in Tönis, dessen Gemälde zwischen 1529 und 1538 ausgeführt wurden. Künstlerisch höher eingeschätzt werden seine auch kulturgechichtlich bedeutenden Bildnisse. Neben Köln bestehen Würzburg die meisten Bilder dieses anscheinlich künstlerisch besten Kölner Meisters des 16. Jahrhunderts.

Turnen, Sport und Spiel.

Schachvereinigung Riesa. Am vergangenen Sonntag fand das Revanche Turnier der Weinhauer Schachfreunde und der Schachvereinigung Riesa im Spiellokal Gast-Barth statt. Es wurden 24 Partien nach Klassenstärke gespielt. Spielbauer durchschnittlich 2½, Stunde. Nach Beendigung der 1. Serie zeigte sich bereits die Überlegenheit der Weinhauer Spieler. Nach Schluss des Turniers fand folgendes erfreuliche Resultat festgestellt werden. Es gewannen 18 Partien Schachvereinigung Riesa, 5 Partien Weinhauer Schachfreunde. Im Vergleich zum 1. Turnier, gespielt in Weinhau, wobei von 10 Partien 6½, Partie für Riesa und 3½ für Weinhauer standen, ist diesmal der Beweis der Überlegenheit der Weinhauer Schachvereinigung einwandfrei dokumentiert. Es muß mit Sicherheit und auf Freude der Weinhauer Spieler festgestellt werden, daß sie in der Zwischenzeit die Spiele abwehren durch Übungen, vor allen Dingen in theoretischen Einsätzen, gut ausgenutzt haben. Wenn auch einzelne Spieler immer noch der nötige Weitblick und das nötige Operationstalent, vor allem im Endspiel, abweisen, so darf dem durch stetige Übungen abgedeckt sein. Hoffentlich gelingt es der Schachvereinigung Riesa weitere Siege auf ihr neues Banner holen zu können.